

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Ersteilung wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rübstr. Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 3892.

Inserte
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Akkordarbeit in Deutschland.

Seitdem die intimeren industriellen Beziehungen zwischen Amerika und dem Kontinent das im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten“ vielfach übliche Lohnsystem der Prämienzahlung auf der Basis der Stücklöhne hier bekannt werden ließen, ist die Frage der Lohnberechnung nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Die größere Aufmerksamkeit, die man jetzt den Lohnsystemen widmet, hängt zusammen mit der sogenannten amerikanischen Gefahr. Wie man vor 60 Jahren das Blühen der englischen Textilindustrie vorwiegend dem dortigen Lohnsystem zuschrieb, so glaubt man jetzt auch vielfach die Ursache des industriellen Aufschwunges Amerikas in dem dortigen Akkordprämienystem gefunden zu haben. Man ist der Ansicht, daß durch dieses System die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters bis zur äußersten Grenze angespannt werde. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß, wenn man dabei von ethischen, humanitären und sozialen Momenten ganz absteht, keinem Lohnsystem die Priorität der Ökonomie vindiziert werden kann. Unter Umständen kann für das Kapital die Zeitlohnung profitabler sein als die Akkordlohnung und umgekehrt. Allgemein ist die Akkordarbeit aber in schlechten Geruch gekommen, nicht nur wegen ihrer mörderischen Wirkung für den Arbeiter, sondern auch weil durch sie Neid, Haß und andere „Tugenden“ unter den Arbeitern groß gezogen werden.

Aber mit dem Wort „Akkordarbeit“ werden Systeme, Modifikationen begriffen, die man in Wirklichkeit nicht in eine Schablone pressen, nicht mit einem Urteil abtun kann. Unter allen Umständen verderblich und entschieden zu bekämpfen ist die rohe Akkorddikatur, wie sie weitverbreitet auf den größeren industriellen Werken üblich ist. Von einem Verhandeln zwischen Meister und Arbeiter über die Akkordhöhe vor Beginn der Arbeit ist nur in seltenen Fällen die Rede. Der Meister überweist ein Stück Arbeit, bei Massenartikeln gleichzeitig an 50 und mehr Arbeiter. Vielleicht nach acht Tagen nennt er ihnen den Akkordpreis. — „Wem's nicht paßt, der kann gehen!“ — Meist ist der Preis so niedrig, daß bei dem nun beginnenden Handeln doch noch einige Pfennige zugefügt werden müssen, damit der Durchschnittslohn erreicht werden kann. Aber wenn der Meister sich auch einmal veralkoholt haben sollte, zu jeder Zeit kann er eine Akkordkorrektur vornehmen, er regelt nach unten. — „Wem's nicht paßt, der kann gehen!“ — Mit diesem Argument widerlegt der Meister alle Einwendungen der Arbeiter.

Die Erklärung: „Akkordarbeit ist Mordarbeit!“ richtet sich in der Hauptsache gegen dieses System, bei welchem dem Arbeiter jede Garantie der Sicherung eines einmal festgesetzten Akkordes vorenthalten ist. Das immer stärkere Hervortreten der Bestrebungen auf Stipulierung von Tarifverträgen, in denen die Lohnberechnung proportional nach Menge und Qualität der gelieferten Arbeit festgelegt wird, involviert unstreitig eine Anerkennung der Akkordarbeit, allerdings unter der Bedingung der Mitwirkung der Arbeiter bei Festsetzung der Preise und der Garantie, daß der Unternehmer die vereinbarten Bedingungen nicht einseitig zu jeder ihm beliebigen Zeit ändern kann. Andererseits verpflichten sich jedoch auch die Arbeiter innerhalb einer bestimmten Frist die getroffenen Vereinbarungen als bindend zu betrachten und Lohnforderungen zc. nicht zu erheben.

Mit dem Wert oder Unwert von Tarifverträgen sich zu beschäftigen, ist nicht Aufgabe dieses Artikels, er soll nur angesichts der größeren Aufmerksamkeit, die man zurzeit den Lohnsystemen widmet, die Kenntnis über die Geschichte, den Umfang und den Charakter der Akkordarbeit in Deutschland vermitteln, soweit das hauptsächlich die Metallarbeiter allgemein interessiert. Diesem Zwecke dient in ziemlich erschöpfender Weise eine fleißige Arbeit von Dr. Ludwig Bernhardt.* Im Vorwort weist der Verfasser darauf hin, daß in Deutschland die heftige Agitation gegen die Akkordarbeit mehr und mehr der Forderung: „Regelung der Akkordarbeit“ Platz mache und gehöre diese Frage zu den wichtigsten Problemen des Industriewesens. Unter Akkordarbeit begreift Dr. Bernhardt die verschiedenen Formen: Einzelstücklohn, gemeinschaftliche Akkorde, Kolonnenystem, Akkordmeisterysteme mannigfacher Art, Gruppenakkorde u. s. w. Das Prämienystem betrachtet er als eine höhere Form der Lohnberechnung. Das ist zwar nicht unbedingt richtig, aber das kann hier unberücksichtigt bleiben, ebenso manche andere theoretische Konstruktion, durch welche das Buch nicht gewonnen hat.

Die größte Ausdehnung hat die Akkordarbeit in England bereits anfangs des 19. Jahrhunderts erfahren, vorwiegend in der Textilindustrie. Fast ausschließlich war hier das Akkordmeisterystem in Übung. Es hing das zusammen mit der stark verbreiteten Kinderarbeit. Der Vorpinner erhielt einen bestimmten Akkord ausbezahlt, er selbst zahlte an Kinder

und Gehilfen Zeitlohn. Je rücksichtsloser er zur Arbeit antrieb, desto größer sein eigener Verdienst, je schneller ein bestimmtes Quantum Ware hergestellt war, desto schneller auch hatte der Akkordmeister die Differenz zwischen dem Akkord und den von ihm zu zahlenden Zeitlöhnen verdient. So wurde in England das Akkordmeisterystem die Quelle schamlosester Arbeitskraftausbeutung. Zum guten Teile war auch das Baugewerbe und die Maschinenindustrie vom Akkordmeisterystem beherrscht. Die ungeheuren Schäden dieses Nordsystems ließen in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Reformbewegung entstehen, aber man kam über Theorien im allgemeinen nicht hinaus, man tröstete sich mit dem Gedanken, daß bei Fortschreiten der Technik ganz von selbst das Akkordmeisterystem durch den Einzelstücklohn verdrängt werde. Die Arbeiter selbst mußten den Kampf aufnehmen, so in England die Unions, so in Frankreich und so in Deutschland. Diese Konstatierung des Verfassers ist sehr wertvoll für die Beurteilung der Bedeutung der Arbeiterorganisationen und der Ohnmacht bürgerlich-kapitalistischer Regierungen im Kampfe gegen die als unhaltbar erkannten privatkapitalistischen Auswüchse.

In Deutschland wurde besonders in den vierziger Jahren die Akkordarbeit propagiert als Anziehungsmittel für das Volk. Der Zeitlohn begünstige, so klang das Lied, die Faulheit, das Akkordsystem mache den Arbeiter, der bei der Tagelohnung nur eine lebende Maschine sei, zu einem freien selbstständigen, denkenden Menschen. Man argumentierte: Bei der Sklaverei war das Interesse der Schaffenden an der Produktion ausgeschaltet, daher ihre Arbeit auch wenig produktiv, bei der Sclaverei waren die Fronen schon am Ertrag der Gesamtarbeit interessiert, daher war die höhere Lohnform, der Tagelohn, eine wirtschaftliche Notwendigkeit und ein Fortschritt, die Akkordarbeit muß den Zeitlohn ablösen als das Lohnsystem für einen freien Arbeiter, dessen individueller Arbeitsertrag mit seinem eigenen Interesse zusammenfällt.

Die Akkordarbeit nahm denn auch in Deutschland in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ganz bedeutend zu, besonders waren es später die vielfachen Eisenbahnbauarbeiten, die in Akkord ausgeführt wurden. In Fabriken, im Baugewerbe, ja selbst in landwirtschaftlichen Betrieben fand das Akkordsystem stark Eingang. Die Arbeiterbewegung der sechziger Jahre nahm dann in Deutschland sowohl als in Frankreich und England erneut Stellung gegen die Akkordarbeit. Der wirtschaftliche Niedergang begünstigte die Blinderung der Arbeiter — mangels sozialistischer Erkenntnis glaubte man die unerträgliche Ausbeutung der Arbeitskraft durch Änderung des Lohnsystems gründlich ändern zu können. Es wurde die Frage der Gruppenakkorde und der Gewinnbeteiligung vielfach erörtert, es kam auch zu vereinzelt Versuchen, welche Systeme in der Praxis einzuführen seien, im großen und ganzen aber blieb es nur bei Ansätzen nach dieser Richtung und heute ist in Deutschland neben dem Kolonnenystem der Einzelakkord in sehr vielen Industrien — speziell in der Großindustrie — das herrschende Lohnsystem.

Das bei Wegebauten, in Gießereien, beim Bergbau übliche Gruppenakkordsystem fand auch beim Eisenbahnbau in Deutschland Eingang. Bei diesem System, welches qualitativ eine nicht stark differenzierende von einer größeren Arbeiterzahl gemeinschaftlich ausgeführte Arbeit voraussetzt, ist jeder der Beteiligten in bestimmter Proportion an dem gesamten Arbeitsertrag interessiert, jeder sucht nicht nur sein möglichstes zu leisten, jeder ist auch aus Eigeninteresse Aufpasser und Antreiber des anderen. Zuweilen kam bei der Lohnberechnung auch eine Klassifizierung zur Anwendung. Dr. Bernhardt berichtet darüber nach Ditholdt: „Unter einem vollen Arbeiter wird meistens ein gewöhnlicher Arbeiter verstanden, Greise, Weiber und Kinder aber je nach Umständen zu $\frac{3}{4}$ oder $\frac{1}{2}$, Sprechmeister und Vorarbeiter zu $1\frac{1}{2}$ bis 2 und $1\frac{1}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ vollen Arbeiter veranschlagt und deren Anteil am Gesamtertrag nach dieser Skala berechnet.“ Der Verfasser bespricht auch die direkten Ursachen des Widerstandes der Eisenbahnbauarbeiter gegen die Akkordlohnung. Die Unternehmer suchten die Preise immer tiefer herunterzudrücken, um selbst bei den Submissionen billige Angebote machen zu können — damals wie heute. Ferner wurden die Arbeiter durch falsche Berechnungen und dergleichen Kunstgriffe systematisch betrogen. Die nachhaltige Wirkung der Akkordarbeit bei den Eisenbahnbauten war, daß sich zahlreiche Arbeiter an dies Lohnsystem gewöhnten und dieses vielen Unternehmern in Industrie und Landwirtschaft geläufig wurde.

Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte, vielfach als Folge starker Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Stadt, eine lebhafte Agitation für allgemeine Einführung der Akkordarbeit für landwirtschaftliche Arbeiten ein; man nahm an, durch die Akkordarbeit die Leistung des Einzelnen, damit aber auch sein Einkommen zu steigern ohne den Grund-

besitzer zu belasten. Das Akkordsystem hat denn auch in verschiedenen Formen, mehr oder minder stark in den verschiedenen Landesteilen, Eingang gefunden; die Grundlage der Akkordberechnung bildet aber meist doch das genossenschaftliche Gruppensystem.

In der deutschen Industrie hat die Akkordarbeit besonders nach dem deutsch-französischen Kriege unter dem Milliardenfegen sehr große Ausbreitung gefunden. Der von Marx begründete Kampf gegen die Akkordarbeit fand hauptsächlich nur bei den Organisierten im Baugewerbe einen Resonanzboden. Ehe aber die Agitation Kraft und Gestalt annehmen konnte, brach nach der glänzend-blühenden Gründerperiode die große Krisis mit ihren furchtbaren Schlägen für die Arbeitererschaft herein. War dadurch schon die Aktionsfähigkeit der Arbeiterorganisationen stark eingeschränkt, tat das Sozialistengesetz ein weiteres — das hat Dr. Bernhardt nicht berücksichtigt. Viele Organisationen wurden aufgegeben, manche führten nur noch ein Dasein unter falscher Flagge. Trotzdem nahmen einzelne Organisationen den Kampf gegen die Akkordarbeit wieder auf, aber dieser Kampf lenkte, erst schüchtern, immer stärker in andere Bahnen, er wurde geführt für Akkordtarife. Mitte der achtziger Jahre drang in der Gewerkschaftspresse die prinzipielle Verneinung der Akkordarbeit wieder durch, die Maurer erhoben 1887 die Forderung: „Ab Abschaffung der Akkordarbeit“ zum Prinzip, andere Berufe folgten, wenn auch weniger scharf prononciert; auch die Buchdrucker forderten 1889 „Ab Abschaffung des Berechnens“, das heißt der Akkordarbeit. Im Jahre 1891 fand dann aber auf dem Brüsseler Kongress eine Resolution Annahme, durch die die schädlichen Folgen der Akkordarbeit anerkannt, diese aber als ein integrierender Teil der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet wird. Es heißt mit dieser schwinden werde. Trotzdem sollten die Organisationen mit allen ihnen gutdünkenden Mitteln für Beseitigung der Akkordarbeit eintreten. Die sich an diese Resolution anschließende Diskussion hatte zur Folge eine erneute, starke Agitation gegen die Stücklohnarbeit. Einen durchschlagenden Erfolg hatte die Agitation jedoch nicht, konnte sie auch nicht haben, weil die Organisationen zu schwach waren, den Widerstand zu brechen. Nur im Baugewerbe, speziell bei den Maurern, rückte mit dem Erstarken der Organisation nach Fall des Sozialistengesetzes der Kampf für Zeitlohnung wieder mehr in den Vordergrund und ist die Stipulierung von Stundenlöhnen meist die Grundlage der von den Maurern in den letzten Jahren erkämpften Arbeitsverträge. In anderen Berufen aber liegen den abgeschlossenen und erstrebten Tarifen Akkordberechnungen zugrunde. Man nimmt an, daß Tarifverträge der Übergang zur Zeitlohnung seien. Die nächste Etappe würde dann sein, daß die Unternehmer starken Organisationen gegenüber Tarifverträge fordern. Aus dieser Erkenntnis heraus erweist sich als doppelter Schaden für die Gesamtbewegung das Bestreben Einzelner, wegen momentanen persönlichen Vorteils die Akkordarbeit beizubehalten, wie das seitens der Hamburger Akkordmurer geschah. Leider machen sich ähnliche Bestrebungen auch noch anderwärts im Baubereich bemerkbar.

Durch die Tarifstreitigkeiten innerhalb des Buchdruckerverbandes im Jahre 1896 trat dann die Erörterung über Tarifverträge in prinzipieller und taktischer Beleuchtung in den Vordergrund der Partei- und Gewerkschaftsdiskussion. Wenn auch heute noch vereinzelt der Abschluß von Tarifverträgen prinzipiell verworfen werden mag, in der Praxis wird der Abschluß solcher Verträge immer mehr erstrebt.

Von der praktischen Stellungnahme der einzelnen Berufe zur Akkordarbeit handelt das dritte Kapitel des Bernhardtschen Buches. Das Material, das der Verfasser hierzu verwandt hat, sind in der Hauptsache die Fachblätter, Kongressprotokolle, Flugblätter und Broschüren. An dieser Stelle interessiert speziell, was über die Metallindustrie gesagt wird. Von einer bestimmten Stellungnahme der Metallarbeiter, bemerkt Bernhardt, könne keine Rede sein. Das erkläre sich aus der Kompliziertheit der Verhältnisse. Diese sind nicht nur bei den verschiedenen Berufsarten, sondern auch innerhalb derselben Arbeiterkategorien sehr verschieden. Die Metallarbeiter-Zeitung, die von dem Verfasser als ein vorzüglich redigiertes Organ bezeichnet wird, das durch seine Veröffentlichungen von Situationsberichten vorbildlich für einen großen Teil der Gewerkschaftspresse geworden sei, habe trotz fortgesetzter Agitation gegen die Akkordarbeit in jenen 20 Jahrgängen nur einen einzigen Fall registriert, wo die Arbeiter tatsächlich bei einer Lohnbewegung die Abschaffung der Akkordarbeit forderten. In der Regel laute die Forderung: „Regelung der Akkordarbeit.“ „Allerdings,“ so heißt es da weiter, „werden unter diesem Begriff: Regelung des Akkordes, in den verschiedenen Zweigen des Gewerbes verschiedene Dinge verstanden, aber im wesentlichen handelt es sich doch stets entweder um die Art der Akkordberechnung oder um die Art der Akkordverteilung.“

* Die Akkordarbeit in Deutschland von Dr. Ludwig Bernhardt. Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot.

Hierzu wird erläuternd ausgeführt: Der erste Fall bezieht sich auf den Mißbrauch der Gewichtsberechnungen in den Gießereien. Hier herrscht die Akkordarbeit vor. Nach einer Erhebung im Jahre 1895 waren 95 Prozent aller Formen und Gießer in Akkord tätig. Bei einfachen Arbeiten werden die Akkorde gewöhnlich pro 1000 Kilogramm fertiges Produkt berechnet; kleine Abweichungen in den Formen und in den Dimensionen bleiben dabei unberücksichtigt. Es wird nun vielfach geklagt, daß komplizierte Arbeit bei der Kiloberechnung unbegriffen werde. Gegen diesen Mißbrauch richtet sich hauptsächlich die Stellungnahme der Arbeiter. Die weiteren Beschwerden richten sich gegen die Nichtbezahlung der Nebenarbeiten. — Bei den Schmieden wird viel darüber geklagt, daß die Akkorde erst nach Fertigstellung der Arbeit festgelegt werden. — Das ist, wie eingangs bemerkt, in der Großindustrie fast allgemein üblich.

Ferner gehört zur „Regelung der Akkordarbeit“ die Ordnung der Akkordverteilung beim Gruppensystem. Dieses ist, in der Metallindustrie meist als Kolonnensystem bezeichnet, stark verbreitet. In Maschinenfabriken, Kesselschmieden etc. wird ein größeres Arbeitsstück oder mehrere Einheitsstücke mehreren Arbeitern übertragen, die Gesamtleitung liegt dem Kolonnenführer ob. Bei der Verteilung des erzielten Akkordes wird vom Meister oder vom Kolonnenführer, wenn diesen die Bestimmung zusteht, oft sehr willkürlich verfahren.

Von der diktatorischen, dabei für die Arbeiter garantierlosen Akkordfestsetzung, wie sie meist in der Großindustrie üblich ist und wogegen sich mit vollem Rechte die Beschwerden der Arbeiter richten, sagt der Verfasser, außer der kurzen Bemerkung betreffend die Schmiede, nichts. Wer lange Jahre in der Großindustrie tätig war, weiß aber, daß gerade dieses System alle gegen das Akkordsystem sprechenden schädigenden Wirkungen in sich vereint. In einer Anmerkung weist Dr. Bernhard noch darauf hin, daß die genossenschaftlichen Gruppenakkorde, die schon seit Jahrhunderten in Deutschland üblich waren, im modernen Fabrikbetrieb verschwunden sind und erst allmählich wieder eingeführt werden. Das ist nicht ganz richtig. Aus eigener Kenntnis ist dem Schreiber dieses das Gruppenakkordsystem in der rheinisch-westfälischen Großindustrie seit 20 Jahren bekannt. In Hammerwerken, Walzwerken, Bessmereien, in Raddelwerken etc. ist es in Übung. Meist in einer ähnlich ungerechten Form wie bei dem Kolonnensystem, indem die Verteilung willkürlich oder in sehr großen Abständen zwischen den Beteiligten vorgenommen wurden. Der Grundzug ist hier derselbe in Akkord wie bei dem sogenannten Männerystem in Zeitlohn. Der erste Mann, der meist nicht viel mehr als ein aufsichtführendes und antreibendes Element ist, steht mit seinem Lohn um 50 bis 100 Prozent über dem des zweiten Mannes; dessen Lohn ist wieder 25 bis 50 Prozent höher als der des dritten Mannes, und so geht es tiefer herab, je nach Art der Gruppe bis zum fünften und sechsten Mann. Wer „unten“ steht, strebt und will hinauf, der „obere“, will an dieser Stelle sich halten, auch er strebt nach Günst und Anerkennung der Werkleitung. Daß der Verfasser gerade die Akkordarbeit in der Metallindustrie in seinem sonst sehr schätzenswerten Buche nicht genügend berücksichtigt hat, kommt auch in seinem Schlußrequisit über „die Stellungnahme der deutschen Arbeiter zur Akkordarbeit“ zum Ausdruck. Er sagt da folgendes:

„Unter den Arbeiten, bei welchen die Beseitigung der Akkordlohnung wegen der Lebensgefahr gefordert wird, kommen besonders folgende in Betracht: Gewisse lebensgefährliche Arbeiten im Maurergewerbe, besonders die Zäunarbeiten, ferner viele Dachdeckerarbeiten, manche Arbeiten in den Steinbrüchen, die Arbeiten an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen.“ Die Tatsache, daß die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft mit den Unfallkassen an erster Stelle steht, ist wohl genügend Beweis dafür, daß verschiedene Kategorien von Arbeitern in der Metallindustrie bezüglich der Gefahr für Gesundheit und Leben mit an erster Stelle rangieren und ist aus diesem Grunde in der Metallarbeiter-Zeitung auch wiederholt die Abschaffung der Akkordarbeit gefordert worden. Recht hat der Verfasser, wenn er sagt: „Die beste Sicherheitsvor-

richtung bei lebensgefährlichen Arbeiten ist die Beseitigung der Akkordarbeit.“

Im weiteren erörtert Dr. Bernhard dann die Frage: „Was ist zur Ordnung der Akkordarbeit erforderlich?“ Hier bespricht er die Methoden zur Messung der Arbeitsleistung nach dem ganzen Produkt, nach Einheiten oder Elementen — gleiche oder ungleiche Teile — und indirekte Akkordberechnung. Auf die verschiedenen Methoden hier näher nach ihren theoretischen Erläuterungen einzugehen, gestattet schon der Raum nicht. Wer sich darüber näher informieren will, muß das aus dem Buche selbst tun, das den Bibliotheken zwecks Anschaffung nur zu empfehlen ist. Das Gesagte gilt auch von der Erörterung über die Technik der Feststellung von Akkordtarifen, über Formen der Tarife, gleitende Lohnskalen u. s. w.

Zum Schluß bespricht der Verfasser die rechtliche Bedeutung der Akkordverträge, Pflichten und Rechte der Unternehmer wie der Arbeiter. Nach seiner Ansicht müßte bei Akkordarbeit auch dem Arbeiter das Direktionsrecht zustehen, da durch Direktiven des Unternehmers der Arbeitsvertrag beeinträchtigt werden kann, was im Grunde genommen eine einseitige Änderung des Vertragsverhältnisses bedeute. Vorweg bemerkt er aber, daß die Frage in der Praxis der Gerichte strittig sei. Prinzipiell will Bernhard keiner Partei das Direktionsrecht allgemein zugestehen, dem Unternehmer könne es nur insoweit zugestanden werden, als durch sein Eingreifen die Leistung der Arbeiter tatsächlich nicht eingeschränkt werde und die Anweisungen nicht über den Rahmen der getroffenen Vereinbarungen hinausgingen. Im allgemeinen gilt weiter der Rechtsgrundsatz, daß der Arbeiter, der einen Akkord angenommen hat, die Arbeit auch persönlich ausführen muß. Der Unternehmer hat die Pflicht, dem Arbeiter die unbehinderte Erledigung der übernommenen Arbeit zu ermöglichen. — Hiergegen wird viel gefündigt, indem dem Arbeiter nicht genügendes oder ungeeignetes Werkzeug zur Verfügung gestellt wird, er auf Arbeitsmaterial warten muß oder aber schlechte Qualität des Materials die Arbeit erschwert. Der Verfasser vertritt den Standpunkt, daß, wenn Arbeiter auf bestimmte Zeit auf Akkordarbeit eingestellt sind und der Unternehmer sorgt nicht für regelmäßige Beschäftigung, die Arbeiter nicht nur zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt sind, sondern auch noch Schadenersatz beanspruchen können. Das Gewerbegericht in Berlin hat in einem konkreten Falle anders entschieden. Weiter vertritt er die Ansicht, daß bei Akkordarbeit und nicht ausgeschlossener Kündigungszeit beiderseitig von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht werden kann, ohne Rücksicht auf Beendigung des angefangenen Akkordes. Ebenso kann bei Akkordarbeiten von jeder Partei das Arbeitsverhältnis gelöst werden vor Beendigung eines Akkordes; wenn Kündigungsfrist ausgeschlossen wurde, dann kann, wie auch bei Zeitlohnberechnung, das Arbeitsverhältnis jeden Tag gelöst werden. Die Lohnsumme muß dann natürlich nach der an dem angefangenen Akkordstück geleisteten Arbeit berechnet werden.

Das Buch von Dr. Bernhard füllt zweifellos eine Lücke in der wirtschaftlichen Literatur aus, der Preis (5 Mk.) ermöglicht leider nicht jedem Arbeiter die Anschaffung, weshalb die Anschaffung in erster Linie, wie bereits bemerkt, den Gewerkschaftsbibliotheken zu empfehlen ist. W. D.

Der korporative Arbeitsvertrag in Dänemark.

Die Abschaffung des individuellen Arbeitsvertrags und Einführung des korporativen, das ist das Ziel der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung aller Länder. Die beruflichen Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter als rechtmäßige Vertreter der beiden Kategorien in der kapitalistischen Produktion, das ist die Tendenz, die mit jedem Tage deutlicher zum Vorschein kommt. Das „konstitutionelle Fabrikssystem“ erscheint nicht länger als eine Utopie, es wird — auch wenn es langsam geht — zur Wirklichkeit, je mehr

die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter erstarben. Die Organisationen der Arbeiter, weil die Erstarkung dieser eine solche der Unternehmerorganisationen mit sich bringt. Ein klassisches Beispiel bietet in dieser Beziehung Dänemark. Nirgends sind die Gewerkschaften so stark und gut diszipliniert wie hier. Nirgends haben sie solche Erfolge aufzuweisen. Aber auch nirgends dürften die Kämpfe, die zu dem gegenwärtigen Zustand des Friedens geführt haben, so gewalttätig gewesen sein wie hier. Und alles deutet darauf hin, daß in Deutschland die gleich schweren wirtschaftlichen Kämpfe jetzt ihren Anfang nehmen, die die dänischen Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zu bestehen hatten und die den Höhepunkt im Jahre 1899 in der großen Aussperrung der Hälfte aller organisierten Arbeiter des Landes erreichte, die zu dem ausgesprochenen Zwecke erfolgte, die Gewerkschaften zu vernichten oder ihre Aktionsfähigkeit lahmzulegen. Die Kämpfe, die gegenwärtig dem Dänischen Metallarbeiter-Verband vom Unternehmertum in brutaler Weise aufgezungen werden, sind ganz von der Natur, die zur erwähnten Zeit in Dänemark tobten. Und wir dürfen überzeugt sein, sie werden ebenso enden. Das Unternehmertum wird erreichen, daß die Metallarbeiter sich immer fester zusammenschließen, daß ihre Organisation das Doppelte an Macht und Ansehen gewinnt, und es wird vor allem erreichen, daß man auf beiden Seiten sich dieser Macht bewußt wird. Das Unternehmertum wird aber auch erreichen, daß die Zerplitterung in der Gewerkschaftsbewegung mit der Zeit beseitigt wird, denn bei diesen Machtkämpfen wächst bei den Arbeitern unter allen Umständen das gemeinsame Klassenempfinden und — es wird zum Klassenbewußtsein. Die vermeintlichen Gegensätze konfessioneller oder politischer Natur werden in solchen Kämpfen auf ihr Nichts zurückgeführt. Das gilt aber nicht nur bei den Metallarbeitern, sondern das gilt für alle Arbeiter. Und wohin diese Entwicklung führen wird, das zu zeigen soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Die Gewerkschaften sind das demokratische Element der Industrie, das wird nirgends so veranschaulicht wie in Dänemark. Zunächst einige Worte zu der Organisation der dänischen Gewerkschaften. Die Form derselben ist gleich wie in Deutschland, das ist die Zentralisation zunächst nach Bezirken, dann in örtlichen Kartellen und schließlich in der Konzentration aller Berufsorganisationen zu einer Landesorganisation, De samvirkende Fagforbund i Danmark (Die vereinigten Gewerkschaften in Dänemark). Aber die der Zentralisation gestellte Aufgabe unterscheidet sich ein wenig von den deutschen Verhältnissen. Während in Deutschland der Generalkommission mehr nur eine organisatorische Aufgabe gestellt wurde, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber ausschließlich eine Aufgabe der Berufsverbände selbst bildet, ist man in Dänemark einen anderen Weg gegangen. Schon als im Jahre 1886 die erste diesbezügliche Zentralisation stattfand, das Kartell der Fachvereine Kopenhagens, wurde als erste Aufgabe dieses Kartells „eine für die Arbeiter zweckdienliche Regelung der Streikbewegung“ bezeichnet. Im Jahre 1892 war man — durch den Kampf um den Minimallohn und die Maximalarbeitszeit dazu getrieben — schon soweit gekommen, daß man das Ausbringen der Geldmittel auf einheitlicher Grundlage zu organisieren begann. Sobald ein Streik vom Kartell gutgeheißen war, sollten alle angeschlossenen Fachvereine binnen zehn Tagen dem Ausschuss mitteilen, in welcher Höhe sie den wöchentlich zu erhebenden Streikbeitrag zu leisten gedächten. Das zulässige Minimum wurde auf 10 Ore pro Mitglied für männliche und 5 Ore pro Woche und Mitglied für weibliche Mitglieder festgesetzt. Man glaubte also noch nicht einen festen Beitrag einführen zu können, sondern begnügte sich einstweilen mit der Festsetzung eines Minimalbeitrags. Die aufgebrauchte Summe wurde zur Unterstützung des betreffenden Streikes benutzt und zwar wurden für männliche Streikende 10 Kronen und für weibliche 6 Kronen pro Woche bezahlt.

Im Jahre 1895 war man schon soweit, daß man eine noch festere Grundlage zu schaffen imstande war, die später — 1898 — im wesentlichen auch für die Landesorganisation

Dampfturbinen.

Über dieses Thema hielt kürzlich Herr Professor Dr. Niedler in der Aula der Technischen Hochschule zu Charlottenburg einen Vortrag, dessen Inhalt wir hier folgen lassen:

Die herrschende Kolbendampfmaschine ist nicht mehr erheblich verbesserungsfähig, weder maschinentechnisch noch thermisch, das ist in der wirtschaftlichen Ausnutzung der Dampfkraft. Es ist eine vollständige Umgestaltung der Dampfmaschine in der neuen Form der Dampfturbine erforderlich. Diese nutzt die Spannungsenergie des Dampfes an Stelle der Strömungsenergie aus. Turbinen sind billiger als Kolbendampfmaschinen, erfordern weniger Raum, fast keine Bedienung und verbrauchen nicht mehr Dampf als die besten Kolbendampfmaschinen, so daß ihnen ein großes Verwendungsfeld offen steht.

Die Räder von Dampfturbinen müssen, je nachdem der Dampfstrahl durch Reaktion oder unmittelbar durch Aktion wirkt, mit ebenso großer oder halb so großer Anfangsgeschwindigkeit laufen, wie der Dampf ausströmt; nur dann kann die Strömungsenergie voll ausgenutzt werden. Solche unbrauchbare oder hohe Geschwindigkeiten müssen durch besondere Konstruktionsmittel auf praktisch brauchbare Geschwindigkeiten herabgemindert werden. Bei den Turbinen von Laval, die mit kleinen Rädern auf biegsamen Wellen arbeiten, wird die hohe Drehgeschwindigkeit von 150 bis 300 Umdrehungen in der Sekunde durch Zahnräder auf etwa ein Zehntel vermindert. Solche Zahnräder verursachen Geräusch und Abnutzung und schließen diese Turbine vom Großbetrieb aus.

Bei den zahlreich ausgeführten Turbinen von Parsons wird die Geschwindigkeit dadurch vermindert, daß der Dampfdruck nicht auf einmal, sondern in zahlreichen Abstufungen hintereinander ausgenutzt wird, so daß die Rotgeschwindigkeit nur dem geringen abgestuften Dampfdruck zu entsprechen hat

Dies führt bei geringen Drehgeschwindigkeiten oder großen Leistungen auf 100 bis 150 Stufen und doppelt so viele Turbinenräder, jedes Rad mit Hunderten von Schaufeln, so daß große Turbinen Hunderttausende von Schaufeln erfordern: solche Turbinen werden daher vielgliedrig, außerordentlich lang und schwer, kostspielig und empfindlich. Die Hunderte von Lauf- und Leitträdern müssen, um Dampfverluste zwischen den einzelnen Stufen zu vermeiden, mit ganz geringen Spielräumen, weniger als 1/4 Millimeter, untereinander und gegen das Turbinengehäuse ausgeführt werden. Eine wirkliche Abdichtung zwischen den einzelnen Stufen ist überhaupt unmöglich. Wird der Spielraum größer ausgeführt, so ist der Dampfverlust sehr groß. Außerdem läßt die Parsons-Turbine nur eine sehr unvollkommene Drosselregulierung zu. Für stark verringerte Leistung oder Geschwindigkeit ist sie überhaupt nicht regulierbar. Der Dampf fließt dann mit unrichtiger Geschwindigkeit durch die Turbinenschaukeln, so daß Parsons zum Beispiel bei Schiffmaschinen für veränderliche Leistung die Kolbendampfmaschine für die verringerte Leistung aufstellen muß. Die aus der Parsons-Turbine hervorgegangenen Turbinen von Kateau, Zoelly und anderer besitzen ähnliche Mängel. Wichtig hingegen ist die Turbine von Curtis, die nur wenige, etwa 3 bis 4 Druckstufen besitzt und in jeder dieser zwei- bis dreifach wiederholte Ausnutzung der Dampfgeschwindigkeit ermöglicht. Sie ist einfacher, vermeidet große Bauhöhe und Gewichte, sie ist vollständig regulierbar, aber sie erfordert gleichfalls zwischen ihren 6 bis 12 Lauf- und Leitträdern die Herstellung und die dauernde Erhaltung eines ganz minimalen Spielraums. Diese Turbine wird in steigender Bauart gegenwärtig für große Leistungen, bis 10000 Pferdekraft, in Amerika ausgeführt.

Für die Turbine von Niedler-Stumpf wird nur die Aktionswirkung des Dampfstrahls benutzt und nur ein Turbinenrad verwendet. Das Rad hat entweder großen

Durchmesser, 2 bis 3 Meter, wenn der Dampf nur einstufig arbeiten soll, oder bei kleineren Rädern wird die Dampfgeschwindigkeit in mehreren Stufen ausgenutzt, also der mit großer Geschwindigkeit aus dem kleinen Rad ausströmende Dampf wieder demselben Rade zur Arbeit zugeführt.

Die Schaufeln sind nicht besonders eingeseht, sondern in den Radkranz eingestraft. Die Sicherheit des Rades ist daher eine sehr große. Solche Räder lassen sich genau ausbalancieren, erfordern weder biegsame Wellen noch Räderüberhebungen und laufen mit Geschwindigkeiten von 5 bis 50 in der Sekunde. Dies ist die einfachste und billigste Gestaltung der Turbine. Mit ihr wurde aber derselbe geringe Dampfverbrauch wie mit den übrigen Turbinen erreicht, weil der Arbeitsdampf durch eigertrigte Düsen als ganz geschlossener Dampfstrahl zugeführt wird, eine gute Führung des Dampfstrahles gesichert ist und an den Turbinen überhaupt keine Dichtungen oder empfindliche Teile vorkommen, die Räder vielmehr zwischen den Düsen mit großen Spielräumen laufen können, und endlich, weil die hohe Temperatur überhaupt nicht mit dem Rade in Berührung kommt, sondern nur mit der Düsenmündung, so daß auch der Wärmeverlust sehr gering wird. Für niedrige Drehgeschwindigkeiten werden 2 bis 4 Räder hintereinander mit ebenso vielen Stufen des Dampfdruckes verwendet.

Zuerst wurde eine 500pferdige Maschine dieser Art ausgeführt und erprobt, dann von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft eine 2000pferdige Turbine im Kraftwerk Moabit der Berliner Elektrizitätswerke aufgestellt und betrieben. Hierbei ergab sich mit einem Rade ein Dampfverbrauch bis herab zu 7 1/2 Kilogramm für die Kilowattstunde, also nicht mehr als bei den besten Verbunddampfmaschinen. Hierauf wurde von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft eine Reihe von Turbinen von 15 bis 500 Kilowatt Leistung mit den zugehörigen Dynamomaschinen gebaut. Auch die kleinsten Turbinen ergaben den befriedigenden Dampfverbrauch von

der Gewerkschaften (die damals errichtet wurde) übernommen wurde. Die Höhe der Unterstützung blieb wie oben bemerkt, nur das Aufbringen der Mittel und das Recht auf Unterstützung wurde wesentlich verändert. Das Recht auf Unterstützung wurde davon abhängig gemacht, daß der Streik erstens von dem Ausschuss genehmigt sei, und zweitens, daß der betreffende Fachverein einen so hohen regulären Beitrag erhob, daß mindestens 4 Ore pro Woche und Mitglied zu einem Streiffonds abgesetzt werden konnte. Daraufhin war dann der Gesamtapparat in Bewegung zu setzen. Der von den angeschlossenen Vereinen zu leistende Streikbeitrag war nicht mehr auf ein Minimum festgesetzt, sondern auf das Maximum von 25 Ore pro Mitglied und Woche.

Inzwischen hatten sich auch die Unternehmer organisiert und der Scharfmachergeist trat gar offen hervor. Das Jahr 1897 brachte eine Generalausperrung in der Metallindustrie und auch sonst gab's brutale und nicht minder bornierte Angriffe des Unternehmertums, um dann schließlich mit der schon erwähnten großen Ausperrung von 1899, die 40 000 organisierte Arbeiter unfaßte und 19 Wochen dauerte, mit dem größten Triumph der Arbeiterchaft zu enden. Das Resultat war, abgesehen von der eklatanten Niederlage der „Kühnemänner“ und der gewaltigen Erstarrung der Arbeiterbewegung durch diesen Kampf, die Durchführung des korporativen Arbeitsvertrags in des Wortes weitgehendster Bedeutung.

Die Tarifverträge als solche sind in Dänemark sowohl wie andernwärts ebenso alt wie die Gewerkschaftsbewegung, durch die sie ja geboren worden. Vom Tarifvertrag zum korporativen Arbeitsvertrag in unserem Sinne aber ist ohnehin ein sehr weiter Weg. Denn gar zu häufig haben die Tarifverträge als solche einen recht minimalen Wert. Sie bedeuten gar zu oft nur einen Waffenstillstand, der bei erster beßer Gelegenheit durchbrochen oder aufgehoben wird. Nicht so der konsequent durchgeführte korporative Arbeitsvertrag. Wir werden im nachfolgenden sehen, in welcher Richtung ein solcher wirkt.

Der zwischen den beiden Landeszentralen der Unternehmerorganisationen und der Gewerkschaften abgeschlossene Vertrag, datiert vom 5. September 1899, hat durch seinen § 2 eine erhebliche Bedeutung für das gesamte Erwerbsleben der Nation erlangt. Raum halber müssen wir auf eine wörtliche Wiedergabe verzichten und werden deshalb nur kurz den Inhalt skizzieren. Die beiden Zentralen, der dänische Unternehmer- und Meisterverein und De samvirkende Fagforbund (Landesorganisation der dänischen Gewerkschaften), wie in Deutschland die Generalkommission der Gewerkschaften) erkennen zunächst einander das gegenseitige Recht zu, eine Arbeitseinstellung zu dekretieren oder gutzuheißen. Jedoch dürfen weder Ausperrungen noch Streiks dekretiert oder gutgeheißen werden, bevor sie nicht mit mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen in einer nach den Satzungen der betreffenden Organisation zur Abstimmung kompetenten Versammlung beschlossen worden sind. Die Absicht, einen diesbezüglichen Antrag der kompetenten Versammlung vorzulegen, soll der Zentrale der gegnerischen Landesorganisation in besonderem Schreiben mindestens vierzehn Tage bevor die betreffende Arbeitseinstellung beabsichtigt wird, mitgeteilt werden, und der eventuelle Beschluß ist mindestens sieben Tage bevor die Arbeitseinstellung erfolgt der Landeszentrale anzuzeigen. Beide Parteien verpflichten sich, keine Arbeitseinstellung gutzuheißen oder zu unterstützen, die im Widerspruch mit diesen Bestimmungen inszeniert wird. Als Streit oder Ausperrung wird auch betrachtet, wenn Werkstätten oder Arbeitsplätze systematisch „entvölkert“ oder gesperrt werden unter Mitwirkung oder ausgesprochener oder stillschweigender Genehmigung der Hauptorganisation oder einer dieser angeschlossenen Organisation, nachdem die Gegenpartei sie darauf aufmerksam gemacht hat. Gleichfalls wird als Bruch der Vereinbarung betrachtet, wenn eine außerhalb der beiden Landeszentralen stehende Organisation von einer der dieser Übereinkunft unterworfenen Parteien unterstützt wird, wenn

sie sich im Kampfe mit der anderen oder einer zu dieser gehörenden Organisation befindet. Und § 3 legt fest, daß alle zwischen den beiden Hauptorganisationen getroffenen Vereinbarungen von allen ihnen angehörigen Organisationen zu respektieren sind, das heißt ihnen nachzukommen ist, wofür die betreffende Hauptorganisation die Verantwortung zu tragen hat. § 6 bestimmt, daß für alle zwischen den Organisationen der einzelnen Berufe für die Folge vereinbarten Tarifverträge eine dreimonatliche Kündigungsfrist vorgesehen werden muß. § 9 legt einige Grundbestimmungen für die Arbeitsordnung in den Betrieben fest. Unter anderem wird da gesagt, daß die beiden Landeszentralorganisationen gemeinsam dahin wirken sollen, daß ein übertriebener Genuß von Spirituosen möglichst gehemmt wird. Weiter wird das Wünschenswerte einer in den verschiedenen Berufen geltenden Kündigungsfrist hervorgehoben, ebenso gleichlautende Schiedsgerichtsbestimmungen zur Beilegung von sonstigen Zwistigkeiten.

Außerordentlich wichtig sind ferner die §§ 10 und 11, die, kann man jagen, dem ganzen die Krone aufsetzen. Im ersten Paragraphen wird bestimmt, daß wenn eine der untergeordneten Organisationen oder deren einzelne Mitglieder gegen diese Übereinkunft verstößen sollte, dieses dann den Vorständen der beiden Landeszentralen zur Untersuchung überwiesen wird. Gelingt es diesen nicht, eine Einigung herbeizuführen, so kann die eine Partei das Kopenhagener Landesober- sowie Hof- und Stadtgericht als Schiedsgericht anrufen. Das kann nach § 11 geschehen, wenn eine der Landeszentralen die Übereinkunft nach Ansicht der anderen durchbrochen hat. Und schließlich wird in § 13 den einzelnen Berufsorganisationen die Möglichkeit abgeschnitten, durch Austritt aus den Landeszentralen sich ihren Verpflichtungen der Übereinkunft gegenüber zu entziehen, indem diese auch nach ihrem Austritt für sie bestehen bleiben.

Das ist in kurzen Zügen die bestehende zentrale Übereinkunft, wenn wir so jagen dürfen. Sie bildet die Grundlage für die in den einzelnen Industrie- und Gewerbebezügen abzuschließenden Tarife zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sehen wir uns nun ihre Wirkung auf die Einzelarbeit an, soweit es in dem Rahmen dieses Aufsatzes noch möglich ist. Daß fast alle dänischen Gewerkschaften, soweit sie von einiger Bedeutung sind, ziemlich weitgehende Tarifgemeinschaften mit dem Unternehmertum besitzen, ist hinlänglich bekannt. Wir wollen hier nur eine und zwar die weitgehendste und bedeutendste herausgreifen, die in diesem Jahre in Kraft getretene neue Tarifgemeinschaft in der Eisen- und Metallindustrie. In ihren Grundzügen steht sie vollständig auf dem Boden der obigen zwischen den Landeszentralen vereinbarten Bestimmungen, was ja am besten bewiesen wird durch die in Nr. 38 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung mitgeteilten Streitfrage bei einer Aktiengesellschaft in Horsens. Sie wurde der Übereinkunft gemäß den Landeszentralen der Arbeitgeberorganisationen und der Gewerkschaften überwiesen. Diese entschieden, daß der Konflikt dem Schiedsgericht unterbreitet wird, die Arbeit indessen sofort aufzunehmen sei. Diejenige Organisation, die als schuldig erkannt wird, hat der anderen eine entsprechende Entschädigungssumme auszus zahlen. (Beiläufig bemerkt, handelt es sich darum, daß 18 Maschinenarbeiter nicht in den Streik traten, sondern regelrecht ihre Entlassung nahmen, ihre Stellungen also aufgaben, weil sie nicht mit zwei Unorganisierten, die wegen Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verband ausgeschlossen waren, zusammenarbeiten wollten. Der Arbeitgeber erklärte ihr Verhalten als Streik und demgemäß als einen Bruch der Übereinkunft, da die vierzehn- und siebenentägige Anmeldefrist nicht eingehalten war. Der Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verband indessen erklärte, die Sache gehe ihn nichts an, da die 18 Maschinenarbeiter als Privatpersonen gehandelt haben. Das unbillige Urteil ist noch nicht gefallen.)

Was uns aber besonders interessiert, das sind der überaus weitgehende korporative Lohnstarif und die Arbeitsordnung für die gesamte Eisen- und Metallindustrie, die auf obiger

Grundlage abgeschlossen werden konnten. „Gemeinsame Werkstättenregel“ bezeichnet sich dieses Dokument, das eine lange, sehr lange Vorgeschichte hat und das zu Kämpfen und Verhandlungen mannigfacher Art führte. Jetzt nach zirka zehn Jahren erscheint es in vollendeter Gestalt. Es ist geradezu erstaunlich, was da nicht alles haarklein korporativ geregelt ist. Wir können hier selbstverständlich nicht alles ausführlich behandeln, dazu ist der Vertrag zu umfangreich. Nur auf die wichtigsten Bestimmungen soll hier hingewiesen werden. Die Lohnform ist in erster Linie der Stundenlohn, obgleich das Akkordlohnsystem auch angewendet wird. Bei Anwendung des Akkordsystems ist dem Arbeiter der übliche Stundenlohn als Voranschuss auszus zahlen. Wird eine Einigkeit bezüglich des Akkordes nicht erzielt, so ist die Arbeit in Stundenlohn auszuführen. In jeder Werkstätte soll ein Akkordbuch geführt werden, worin sämtliche Akkorde zu buchen sind sowie deren Umfang, Begrenzung, Preis und dergleichen. Dieses Buch muß jedem Arbeiter, dem eine Akkordarbeit angeboten wird, erreichbar gemacht werden. Die Zeit, die der Arbeiter verfaßt, wenn die Rohmaterialien ihm zur Ausföhrung der Akkordarbeit nicht rechtzeitig geliefert werden, ist ihm als reguläre Arbeitszeit zu vergüten, sofern ihm nicht andere Arbeit zugeteilt wird. Sodann wird der Lohn bei Arbeit außerhalb der Werkstätte, auf Reisen im In- und Ausland, Diäten, Sonntags-, Nacht- und Überstundenarbeit bis in die kleinsten Details geregelt. Die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends festgesetzt. Über die Normen dieser Regelung werden wir bei anderer Gelegenheit sprechen. Und in allen das Arbeitsverhältnis berührenden Fragen sind Unternehmer und Arbeiter vollständig als gleichberechtigte Faktoren anerkannt, über die zunächst ihre gewerkschaftlichen Berufsorganisationen, sodann aber die Gesamtorganisationen der Unternehmer und der Arbeiter des Landes stehen.

In der Tat, die Utopie ist zur Wirklichkeit geworden, das „konstitutionelle Fabrikssystem“ ist bis in seine letzte Konsequenz durchgeführt durch die Macht der Arbeiterchaft, durch ihre organisatorische Einheit, ihre Solidarität und ihre Opferfreudigkeit. Die kleinen Kaffabgereien, die beiden Teilen nur zum Schaden gereichen, sind bei solchen weitgehenden Vereinbarungen unmöglich geworden und die großen wirtschaftlichen Kämpfe sind, wenn auch nicht beseitigt — denn das ist natürlich ausgeschlossen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung —, aber doch nach Möglichkeit eingeschränkt. Die Arbeiterorganisationen haben Zeit, ihre Organisationen so auszubauen, daß sie in einer eventuell entscheidenden Stunde sich nicht nur auf die Abwehr zu beschränken brauchen, sondern zum Angriff übergehen können, sollten die Unternehmer einen solchen provozieren. Weiter aber können sie sich ihren sozialen Aufgaben mehr denn je widmen. Das ist ein Zustand, der wahrlich der Opfer der Ausperrung von 1899 wert ist. Das dänische Unternehmertum kann im Grunde genommen stolz sein auf das Resultat seines damaligen brutalen Überfalles, das allerdings ein anderes wurde als es beabsichtigt hatte.

Eril Brunte.

Der häufige Arbeiterwechsel in schlechten Buden.

Gar häufig sind in den Spalten dieses Blattes Schilderungen von Zuständen in Fabriken und Werkstätten zu lesen, die die greulichsten Bilder darstellen. Schlechte, in keiner Beziehung den Anforderungen der Gewerbehygiene entsprechende Arbeitsräume mit gesundheitlichen Nachteilen aller Art für die darin beschäftigten Arbeiter; gar keine oder nur ungenügende Schutzvorrichtungen an Transmissionen und Arbeitsmaschinen; schlechte Werkzeuge, mangelhaftes Rohmaterial, Mangel an planmäßiger Einteilung und Verteilung der Arbeiten, parteiische Begünstigung des einen und Benachteiligung des andern Arbeiters durch den Vorgesetzten bei der Vergütung der Arbeit; schlechte Behandlung der Arbeiter in Form von Beleidigungen oder gar tätlichen Mißhandlungen durch die Vorgesetzten; schlechte Arbeitslöhne, lange

Die Dampfturbine ist berufen, eine Umwälzung auf dem Gebiet der Kräfteerzeugung hervorzubringen. Die Dampfmaschine ist während eines Jahrhunderts industrieller Entwicklung zur Weltherrschaft gelangt, hat die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse völlig umgestaltet und sich unaufhaltbar, mit elementarer Gewalt, Bahn gebrochen. Kein Wettbewerb anderer Maschinen konnte gegen diese gewaltige Kraftmaschine Erfolge erringen. Nur bei den eigenartigen Kleinbetrieben werden andere Motoren vorteilhaft verwendet, und wo natürliche Wasserkräfte vorhanden sind, haben die Wasserkraftmaschinen große Bedeutung erlangt. Die Elektrizität kommt hierbei nicht in Betracht. Wir vermögen sie noch nicht als primäre Energieform herzustellen, die Elektrotechnik ist vielmehr die größte Abnehmerin der Dampfmaschine geworden. Nur die Gasmaschine und andere Verbrennungsmotoren haben die Dampfmaschine überflügelt, weil sie eine doppelt so günstige Bewertung der Brennstoffwärme ermöglichen und daher wirtschaftlich vollkommener sind. Deshalb verdrängen gegenwärtig die Verbrennungsmotoren die Dampfmaschinen, aber nur dort, wo Abgase verfügbar sind, wie bei Hochöfen, Kokeren u. s. w., oder wo Kraftgas billig herstellbar ist, also nur auf beschränkten Gebieten und unter bestimmten Verhältnissen. Deshalb wird die Dampfmaschine durch die Gasmaschine im Bereich von Hüttenwerken, vielen Kohlengruben und auch aus einzelnen Kraftwerken vollständig verdrängt werden. Diese Entwicklung hat in den Hütten am Rhein und an der Mosel bereits in großem Maßstabe begonnen und alle anderen werden nachfolgen.

Die Gasmaschine würde auch über die bezeichneten Gebiete hinaus vordringen, wenn ihr nicht die Dampfmaschine in ihrer neuen Gestalt als Dampfturbine entgegenträte, in welcher sie wegen ihrer Einfachheit und Billigkeit auf den wichtigsten Gebieten wieder Alleinherrscherin bleibt.

17 Kilogramm für die Rupsferdekraft, die 500 pferdige Maschine einen solchen von 14 Kilogramm, in beiden Fällen mit kleinen Rädern und freiem Dampfanspuß. —

Für diese neue Gestaltung der Dampfmaschine sind nunmehr auch die zugehörigen Arbeitsmaschinen umzugestalten, so die Dynamomaschinen, die lange Zeit vergeblich auf einen allen Anforderungen entsprechenden raschlaufenden Motor warten mußten; es sind Flügelpumpen für große Druckhöhen zu schaffen, Flügelgebläse für Hochöfen und Stahlwerke, Schleuderkontenkatoren an Stelle der bisherigen Luftpumpen, Schleuderkompressoren u. s. w., alle diese Arbeitsmaschinen unmittelbar mit der Dampfturbine gekuppelt und mit ihr mit Geschwindigkeiten von 500 bis 3000 Umdrehungen in der Minute laufend. Bei allen diesen Maschinen werden die bisherigen langsamlaufenden hinundhergehenden Kolben durch raschlaufende Räder ersetzt und große Vorteile insbesondere hinsichtlich der Anlagelosten erzielt. Viele dieser Neugestaltungen sind bereits ausgeführt und erprobt, so die Gebläse und die Schleuderkontenkatoren zum Ersatz der gewöhnlichen Luftpumpen.

Ein wichtiges Feld für die Dampfturbine ist die Schiffsmaschine. Auf diesem Gebiet sind viele wichtige Forderungen bisher nicht erfüllt. Die Schiffschraube muß bei der verhältnismäßig geringen Umdrehungsgeschwindigkeit von Schiffsturbinen stets in mehrere Schrauben geteilt werden, so daß die zweite Schraube im Abwasser der ersten und die folgende im Abwasser beider laufen muß.

Nicht das Schiff soll sich den Turbinen anpassen, sondern umgekehrt: der Turbinen wegen sollen nicht mehr Schraubenwellen ausgeführt werden als der Schiffszweck erfordert, also höchstens zwei. Es sind aber Schiffe mit vier Wellen gebaut worden, nur der Turbinen wegen. Parsons ist, um die Forderungen der Kriegsschiffmaschinen erfüllen zu können, um die Höchstleistung, die Marschleistung bei verhältnismäßig hoher Geschwindigkeit und die Mindestleistung zu erzielen, Arten ihrer Verwendung.

gezwungen, vier Wellen und acht Schrauben zu verwenden. Er muß jede Turbine in eine Hoch- und Niederdruckmaschine zerlegen, muß für den Rückwärtsgang besondere Turbinen aufstellen und endlich für die Marschleistung wieder eine geteilte besondere Turbine aufstellen, so daß im ganzen zehn Turbinen an Stelle der bisherigen zwei Dampfmaschinen erforderlich sind. Hierbei können weder Kosten noch Raum gespart werden; im Gegenteil, die Anlage wird sogar teurer. Das ist ein Abweg. Die geteilten Schrauben und ihre Antriebsmaschinen sollten so angeordnet werden, daß die Wirkung jeder einzelnen Schraube festgestellt und nach Bedarf richtiggestellt werden kann. Getrennter Antrieb jeder Schraube wäre deshalb das Richtige. Bei vielen Schrauben einer gemeinsamen Welle ist keine Möglichkeit vorhanden, die Wirkung der einzelnen festzustellen. Außerdem wäre es besser, wenn die zweite Schraube im Abwasser der ersten im verkehrten Sinne laufen würde, damit die Drehbewegung, welche das verdrängte Wasser durch die erste Schraube erhält, nutzbar gemacht werden kann. Endlich sollten die hintereinander arbeitenden Schrauben nicht mit zunehmender Steigung ausgeführt werden, sondern besser mit zunehmender Geschwindigkeit.

Die Forderungen sind erfüllbar durch die gegenläufigen Turbinen von Rieder-Stumpf. Bei diesen Turbinen durchströmt der Dampfstrahl zunächst die Schaufeln des ersten Rades, und dieses treibt durch eine Hohlwelle die erste Schraube. Der ausströmende Dampf durchströmt dann nicht wie bei den bisherigen Turbinen ein passives Leitrad, sondern das Leitrad wird zum Laufrad gemacht, dem der Arbeitsdampf zugeführt werden wird. Dieses zweite Rad läuft daher in entgegengesetzter Richtung und treibt durch die Hohlung der ersten Welle hindurch die zweite Schiffschraube an, die im Abwasser entgegengesetzt und rascher läuft als die erste Schraube. Hierbei ergibt sich eine überraschende Einfachheit der Turbinen für den Schiffszweck, aber auch für alle anderen

Arbeitszeit, Unordnung und Regellosigkeit in den Zwischenpausen, häufige und hohe Bußen, Abzüge anderer Art; bei dem „patriarchalischen Verhältnis“ schlechte, ungefundene Unterfunktsräume, ein elendes Bett mit schmuckloser, äußerst selten gewechselter Wäsche, seltene, statt tägliche Aufzuchtung des Bettes; schlechte, Kraft- und saftlose, dabei auch noch ungenügende Kost, teure Bezahlung dieser Verpflegung und zahlreiche Mißstände verschiedenster anderer Art mehr werden da vorgeführt. In Verbindung mit diesen Darstellungen wird dann weiter mitgeteilt, daß in solchen Buden ein ununterbrochener Arbeiterwechsel stattfindet, daß sie die reinsten Taubenschläge sind, daß kein Arbeiter längere Zeit daselbst verweilt, sondern jeder, der merkt, daß er hereingefallen ist, trachtet, so schnell wie möglich von der elenden Bude wieder loszukommen. In den bezüglichen Einsendungen werden dann die Kollegen vor den gekennzeichneten Buden gewarnt oder es wird empfohlen, ehe man dahin geht, erst bei der Zahlstelle des betreffenden Ortes Erkundigungen über das bezügliche Geschäft einzuziehen.

Während in unserem Blatte diese Veröffentlichungen gemacht werden, suchen die gebrandmarkten Unternehmer in ihrer eigenen kapitalistischen Fachpresse, in den Tageszeitungen oder in den Offertenblättern das ganze Jahr hindurch für „dauernde Arbeit und hohen Lohn“ Arbeiter, und sie finden auch immer wieder solche, wodurch eben auch der häufige Arbeiterwechsel, der Taubenschlag ermöglicht wird. Wie kommt das? Offenbar daher, daß einmal die Mehrzahl der Arbeiter noch immer unorganisiert sind und daher auch kein Gewerkschaftsblatt lesen, also auch von den Veröffentlichungen und Warnungen keine Kenntnis haben und daß so- dann die Arbeitslosen, namentlich, wenn die Arbeitslosigkeit längere Zeit gedauert hat, jede Arbeitsgelegenheit ergreifen, um wieder Arbeit und Verdienst zu haben und wieder in geregelte, normale Verhältnisse zu kommen. So erweisen sich alle Veröffentlichungen und Warnungen als wirkungslos und völlig unbehindert dadurch können die gebrandmarkten Ausbeuter fortwährend und dabei ihr Geschäft machen. Die mit dem häufigen Arbeiterwechsel verbundenen Störungen und Unannehmlichkeiten sind solche Schund- und Schmutzunternehmer nachgerade gewöhnt, und da sie dabei ihre Arbeiten billig gemacht erhalten, also trotzdem einen schönen Profit erzielen, sehen sie sich gerne darüber hinweg. Darum lassen sie sich auch nicht durch wiederholte und immer wiederkehrende Vorprüfungen der traurigen Verhältnisse ihrer Buden betören und — alle Mißstände bestehen und wuchern fort.

Unter solchen Umständen muß man zu der Einsicht kommen, daß in dieser Beziehung die bisher geübte Taktik sich als verfehlt erwiesen, daß sie erfolglos geblieben und daher zu ändern ist. Die neue Taktik kann nur darin bestehen, daß unsere Kollegen in solchen Buden bleiben, längere Zeit ausharren, die Neben- und Mitarbeiter der Organisation zuführen und so dann gemeinschaftlich auf die Beseitigung der vorhandenen Mißstände, auf Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, auf anständige Behandlung dringen und so die verrufene und gesüßelte Bude in eine geordnete Werkstatt oder Fabrik umwandeln. Diese neue Taktik empfiehlt sich auch von dem höheren Standpunkt der Solidarität und der Ausschaltung der Schmutzkonkurrenz aus. Das Vorhandensein eines mit den niedrigsten Ausbeutepraktiken „arbeitenden“ Unternehmens hat auf die gleichen Orte und dessen Umgebung bestehenden anderweitigen Unternehmungen den denkbar schlechtesten Einfluß und fordern hier die Arbeiter etwas, so wird vergleichsweise auf die Zustände in der Schandbude verwiesen, wo die Verhältnisse viel schlechter sind, die bei der Knudenschaft eine Schmutzkonkurrenz macht, gegen die kaum aufzukommen ist und die Arbeiter werden mit ihren Forderungen abgewiesen. Ausichtslos ist aber der Kampf gegen die schlechten Buden schon darum nicht, weil vor Jahrzehnten so ziemlich alle Unternehmungen auf dem gleichen niederen Niveau standen, durch die Kämpfe der Arbeiter aber gehoben wurden. Diese Wandlungen führt auch Friedrich Engels in der Vorrede zu seinem Buche über die Lage der arbeitenden Klassen in England an, indem er es als ein Gesetz der modernen politischen Ökonomie erklärt, „daß, je mehr die kapitalistische Produktion sich ausbildet, desto weniger sie bestehen kann bei den kleinen Praktiken der Brillerei und Mogaerei, die ihre früheren Stufen kennzeichnen“. Die kleinlichen Schlammeierereien des polnischen Juden, des Repräsentanten des europäischen Handels auf seiner niedrigsten Stufe, diese selben Pflöge, die ihm in seiner eigenen Heimat so vortreffliche Dienste leisteten und dort allgemein angewandt werden, lassen ihn im Stich, sobald er in höher geartete Situationen kommt. In der Tat, den schmierigen Praktiken polnischer Juden gleichzustellen sind jene Buden, in denen die Ausbeute der Arbeiter noch geradezu gaumertmäßig betrieben wird.

Diese Schund- und Schmutzunternehmungen, die gar nicht so verzeigelt vorkommen, werden sozusagen wie Pfähle im Fleische des gesamten Wirtschaftsgeschehens und sie müssen daher beseitigt werden. Das kann aber nicht geschehen, indem man dem Kampf durch schnelles Wiederverlassen der Bude ausweicht, sondern nur dadurch, daß man bleibt, ausharrt, den Kampf aufnimmt, um ihn erfolgreich zu Ende zu führen. Mögen unsere Worte die geeignete praktische Anwendung finden.

Die italienische Regierung und die Gewerkschaften.

Wir sind es gewöhnt, daß auf Deutschland als auf das Land der „sozialen Reform“ große Loblieder gesungen werden. Wir wollen hier nicht in die Kritik der in Deutschland bestehenden Arbeitergesetzgebung eintreten; wie unabhängig aber unsere Reichsregierung noch ist, leidet sie eine Last, die zu großer Macht erwachsenen Arbeiterorganisationen noch immer der staatlichen Zwangsmacht entgegen.

Unwohl es für ganz selbstverständlich gehalten wird, daß die Regierung auf den Arbeiterorganisationen sich verhalten läßt, hat sich dieselbe jedoch von den Arbeiterorganisationen getrennt. Nur einmal wurde von dieser Regel eine Ausnahme gemacht, nämlich auf dem Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart. Nachträglich wurde

bekannt, welches Maß von Vorsicht die Regierung angewandt hatte, ehe sie es wagte, einen ihrer Geheimräte in die „Söhle“ zu entsenden, in welcher die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter tagten. Einen weiteren Schritt nach vorwärts hat jetzt allerdings das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik — wohl mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe folgend — getan, indem es sich, um über die Lage des Arbeitsmarktes von den Gewerkschaften Berichte zu erhalten, durch die Generalkommission an die Gewerkschaften wandte.

Wie ganz anders ist es in dieser Beziehung in England und Frankreich, wo die Arbeiterorganisationen von der Regierung als Faktoren anerkannt werden, mit denen Regierung und Verwaltung rechnen haben. Selbst in Italien erfreuen sich die verhältnismäßig noch jungen Gebilde gewerkschaftlicher Organisation einer ganz anderen Behandlung der Regierung.

Vor uns liegt ein Zirkular, das von dem Handelsministerium unterstehenden Arbeitsamt an die Arbeiterorganisationen versandt wurde. In diesem Zirkular werden die Gewerkschaften aufgefordert, ihre Wünsche bezüglich der Abänderung des Gesetzes vom 3. Juni 1893, betreffend die Institution der Gewerbegerichte, baldmöglichst dem Arbeitsamt zu unterbreiten. Neben dem italienischen Arbeitsamt besteht ein Beirat, genannt „Höherer Arbeitsrat“ (Consiglio Superiore del lavoro), der annähernd die Funktionen hat, wie unsere frühere Kommission für Arbeiterstatistik. Die „ständige Kommission“ dieser Körperschaft hat demnach über den Entwurf einer Novelle zu dem oben bezeichneten Gesetz, den die sozialistische Fraktion in der Kammer eingebracht hat, zu beraten. Hierbei sollen nun die Äußerungen der Arbeiterorganisationen Verwendung finden.

Es ist schon der Umstand, daß die Arbeiterorganisationen auf diese Weise zu den Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf mit herangezogen werden, höchst erfreulich und bedeutsam, so sind die den Arbeiterverbänden vom Handelsministerium vorgelegten Fragen für uns nicht minder interessant. Deuten sie doch die Richtung an, in der die geplanten Änderungen des Gewerbegerichtsgesetzes gehen sollen und wir begegnen dabei vielen Wünschen, die die deutsche Arbeiterchaft schon längst geäußert hat. So fordert der Handelsminister die Arbeiterverbände auf, in einer Denkschrift alle vorhandenen Mißstände, die sich bei der Funktion, Kompetenz oder Zusammenfassung der Gewerbegerichte herausgestellt haben, zu benennen und Vorschläge zu machen, wie diese zu beseitigen sind.

Es werden sodann 15 bestimmte Fragen gestellt, von denen wir einige der wichtigsten herausgreifen wollen. So fragt der Handelsminister: Erscheint es wünschenswert, daß der Jurisdiktion der Gewerbegerichte sämtliche aus dem Arbeitsvertrag erwachsenden Streitigkeiten unterbreitet werden, sei es, daß es sich um einzelne Personen oder um eine Mehrheit von Personen handelt? Erscheint es wünschenswert, die Einigungsämter und Schiedsgerichte zu vereinigen und das Einigungsverfahren obligatorisch zu machen? Erscheint es angebracht, die Institution der Gewerbegerichte auszudehnen auf sämtliche Angestellte und Arbeiter des Handels, der Eisenbahnen und der Staatsbetriebe? Ist es wünschenswert, jede Grenze bezüglich der Höhe des Streitobjektes zu beseitigen? Erscheint es wünschenswert, eine Berufungsinstanz zu schaffen?

Es sind das, wie schon hervorgehoben, alles Forderungen, die die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands schon seit langer Zeit bezüglich der Verbesserung der Institution der Gewerbegerichte an die Gesetzgebung stellt. Wie immer, werden die Wünsche der Arbeiterchaft von der Regierung aber nicht gehört, geschweige denn, daß man sich in Deutschland direkt an die Arbeiter wendet, um deren Wünsche entgegenzunehmen.

Hirsch-Dunckersches.

In den Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereinen ruort es bekanntlich schon seit einigen Jahren ganz gewaltig. Seit der Schaffung eines Arbeitersekretariats für die Gewerbevereine in Düsseldorf ist der „holden Eintracht“ die Zwietracht gefolgt. Halstenberg war vor jura zwei Jahren das erste Opfer der Differenzen mit den Berlinern, er wurde aus dem Gewerbeverein der Maschinenbauer ausgeschlossen. Aber der von den Berlinern so sehr geschätzte Frieden war ein für allemal aus der Gewerbevereinsbewegung gewichen. Aus den „Gewerkschaften“ Halstenbergs stieg ein grimmiger Mäher in der Person von Anton Erkelenz. Doch man wandelt nicht ungestraft in den Gebieten des Hirsch-Dunckerschen Harmoniegartens — nun ist auch gegen Erkelenz der Berliner Baunstrahl geschleudert worden. Am 23. November wurde er aus dem Gewerbeverein der Maschinenbauer ausgeschlossen. Über die Gründe, die zu dem Beschluß geführt haben, erfahren wir zunächst einiges aus dem Gewerbeverein, in dessen Nr. 49 folgendes zu lesen ist:

„Aus dem Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ausgeschlossen wurde der Medakteur des Gewerbevereinsboten, Herr Erkelenz in Düsseldorf. Der Verbandstag in Köln a. Rh. hatte die Aufforderung an die Düsseldorfster gerichtet, daß sie endlich einstellten die persönlichen Angriffe auf die Führer der Organisation. Diese dringende Mahnung wurde in den Wind geschlagen. Der Delegiertentag des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter war dem Düsseldorfster weit entgegengekommen und all-gemein war man der Meinung, daß einmütiger Frieden werde. Man wollte aber in Düsseldorf den Frieden nicht, die Angriffe wurden fortgesetzt, um neue Forderungen durchzusetzen. Verlangt wurde die Anstellung von vier besetzten Agitationsleitern. Der Schatzmeister Baldt führte den Nachweis, daß diese Forderung bei den gegenwärtigen Einnahmen des Gewerbevereins undurchführbar sei. Nun wurde ein außerordentlicher Delegiertenstag gefordert, der Generalrat lehnte dies Verlangen aber ab. Dafür wurden die Mitglieder des Generalrats im Gewerbevereinsboten als Wassermannsche Ge-fallen beschimpft und ihnen vorgeworfen, daß sie über ihre Pflichten nicht hinaussehen und ihnen jeder weit ausschauende Gebraue“ ziele. Man müsse Mitleid mit ihnen haben, da sie sich ihren Verstand nicht selber zusammengekauert hätten. Die baldige Aufstellung der Kommission der Abstimmung zugrunde zu legen, sei ein Verbrechen am Gewerbeverein gewesen. Und zum Schluß dieser Beschimpfungen heißt es:

„Man möge sich geben es auf die Herren zu beharren, aber wir werden sie bekämpfen, jetzt soll ihnen der Wind der Oppositionen um die Ohren pfeifen wie nie. Diejenigen, die immer glauben, der Gewerbevereinsbote ist zu schwach, werden sich jetzt überzeugen müssen, daß wir recht behielten, wenn wir sagten: mit denen gibt es kein paktieren, daß wir recht behielten, als wir sagten: denen keine Beitragserschöpfung ohne Gegenleistung. Aber den Seiten soll demnachst Wind aus dem Westen um die Nase janken, sie werden sich wandern.“

In der nächstfolgenden Nummer des Gewerbevereinsboten erschien dann ein Spottgedicht, worin die 14 Generalratsmitglieder von einem als Wassermannsche Ge-fallen voll angillicher Jagdhäftigkeit ge-schilbert wurden, die sich faulen Gewalten beugten. Die nächstfolgende Nummer des Gewerbevereinsboten zick den Generalrat eines großen Statuten- und Rechtszwanges, der mit seiner Regierung (die Wünsche der Düsseldorfster zu erfüllen) den Gewerbeverein bis in die innersten Fugen erschütterte und wir sind heute wenig geneigt, Rückfragen zu lassen. Der verdiente Schatzmeister Baldt, der 27 Jahre lang mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit seines Amtes gewaltet, wird bespöttelt, daß er fähig ist, ausführender Beamter für die Kammerorgane zu werden. Die kleine Mäntelchen aus der Kammer des Gewerbevereinsboten mag genügen. Nach solchen Vorgängen wird es niemand mehr wundernehmen, daß der Generalrat nicht länger Lust verspürte, sich von einem warmen Ter-ritorien und beschimpfen zu lassen, der um die Gewerbevereinsfrage kein weiteres Bedenken hat, als im Gewerbevereinsboten sozial-

demokratischen Agitatoren Material geliefert zu haben zur Bekämpfung und Verunglimpfung unserer Organisation. Übrigens wollte Herr Erkelenz am letzten Sonntag im Ortsverein Magdeburg einen Vortrag halten. Nachdem Kollege Klein die maßlosen Angriffe dieses Herrn auf den Generalrat geschildert hatte, lehnte die Versammlung es ab, den Vortrag zu hören. Eine Organisation, die auf sich selbst etwas hält, kann sich solche Leute nicht gefallen lassen.“

So der Gewerbeverein. Über die Magdeburger Versammlung entrollt die neueste Nummer des Gewerbevereinsboten ein sehr anschauliches Bild. Es heißt da:

„Der Ortsverband Magdeburg hatte zum 29. November Kollegen Erkelenz-Düsseldorf zu einem Referat über „Arbeitersekretariate“ geladen, da dortseitig die Gründung eines solchen beabsichtigt wurde. Das brachte unter anderen auch den Zentralrat, an der Spitze den Landtagsabgeordneten Karl Goldschmidt, schwer in Garnisch und nachdem der Generalrat der Maschb. den Ausschluß E. angeordnet, wurden alle Pöbel in Bewegung gesetzt, um das Referat zu hinter-treiben. Die leitenden Personen Magdeburgs wußten schon am Mittwoch den 25. Nov. von dem Ausschluß während E. davon erst am 29. Abends erfuhr. Auf den Magdeburger Ausschluß wurde ein Brief- und Kartenbombardement unter Führung von Klein und Goldschmidt eröffnet, er solle E. telegraphisch abbestellen, vergebens, die Mehrheit des Ausschusses blieb fest. Die Versammlung begann, Klein mit seiner Kohorte hatte sich eingefunden. E. geht zu ihm und will ihm die Hand reichen, Klein dreht sich um und erklärt: mit Ihnen bin ich fertig. Als E. das Wort zu seinem Referat erhalten soll, springen ein halbes Duzend Leute auf und verlangen unter großer Unruhe das Wort zur Geschäftsordnung; der lauteste Schreier ist Klein-Berlin, der für seine zentralrätlichen proß Wert Diäten glaubt, seine Zunge anstrengen zu müssen. Fischer-Magdeburg protestiert gegen das Referat des Herrn E., denn Kollege könne er ihn nicht nennen, E. sei ausgeschlossen. Vorsitzender Fellsjebel: Ich lasse mir von Ihnen keine Vorschriften machen, ob ich E. Kollege nenne, für mich ist er das noch. Seine Differenzen mit Berlin gehen uns nichts an, wir reden über Arbeitersekretariat. Franke spricht das Laßtgefühl ab. Köthner: E. soll das Referat halten. Klein-Berlin: Ich kann Ihnen offiziell die Mitteilung machen, daß E. am vergangenen Montag ausgeschlossen wurde, er ist nicht würdig, im Magdeburger Ortsverband zu reden. Seifert: Das genügt, so leid es mir tut, E. kann nicht reden hier. Erkelenz: Ich sehe Ihrer Entscheidung mit der philosophischen Ruhe des Siegers entgegen und bin zu anständig, um hier den ganzen Streit aufzuführen. Die rüh-riq. Mitglieder werden schon allein mit den Berlinern fertig. Ich habe von dem, was ich schrieb, nichts zurückzunehmen und sage mit Autfer: Hier sehe ich, ich kann nicht anders. Ein anderer Redner ist dafür, daß E. spricht, deshalb stimmen wir ihm noch nicht in seinen Differenzen mit dem Generalrat zu. Lassen wir E. reden. (Zwischenruf: Niemand!) Ein anderer fragt, wer Klein gerufen habe, wir haben E. gerufen. Seifert liest das Gedicht aus Nr. 46 vor. Köh: Auch ich kam hierher, um mich mit E. über einiges auszu-sprechen, womit ich nicht einverstanden war. Lassen Sie ihn reden. Erkelenz verteidigt sich nochmals: Mir ist bis jetzt von meinem Ausschluß nichts bekannt. Fürchten Sie etwa von dem Düsseldorfster Bazillus angefaßt zu werden? Überling bittet E. auf das Referat zu verzichten, das wäre das Beste. E. ruft: Nein, die Knutenpolitiker sollen abstimmen. Fellsjebel: Das Referat liegt außer den Streit-fragen, wenn E. über diese reden wollte, wäre ich Ihrer Meinung. Der engere Ausschuß des Ortsverbandes ist meiner Ansicht, durch Ablehnung des Referats würden Sie uns ein Mißtrauen aus-sprechen. Ziemann: Und die Annahme E. wäre ein Mißtrauens-votum gegen den Zentralrat. Wir sind Berliner Gewerbevereiner. (Stürmische Ohorufe.) Ein anderer liest den Artikel aus Nr. 45 vor. (Zwischenruf: Wir haben hier keinen Lesesaal.) Ferner wird noch bemerkt, Klein könne das Referat halten, er sei vorbereitet; ein anderer sagt: Das steht aus, als fürchteten wir uns. Nunmehr wird die Abstimmung vorgenommen, die lange schwanke bleibt, da viele sich der Abstimmung enthalten. Das Endergebnis ist, daß gegen E. 39, für ihn 32 Stimmen abgegeben werden. Es soll nun über den Antrag abgestimmt werden, ob Klein statt E. sprechen soll. Köthner fragt an, ob der Antrag schriftlich gestellt sei, Fellsjebel verneint das. Nach einiger Zeit wird das nachgeholt und das Referat an Klein übertragen. Der Vorsitzende Fellsjebel und der Schriftführer legen ihre Ämter nieder. . .“

Es wird dann mitgeteilt, daß Klein das Referat gehalten, das man aber Erkelenz, der von Klein in der heftigsten Weise angegriffen wurde, das Wort verweigert hat. Erkelenz, von dem der Bericht verfaßt ist, bemerkt am Schluß: „Der Generalrat spielt in dem Kampf va banque, mit Schaudern sehen sie auf ihren Reisen, daß die Idee des Fortschrittes weitere Kreise zieht. Sie wollen nur die Züßschnur austreten, aber ist an einer Stelle das Feuer gelöscht, beginnt es an zehn anderen aufzukommen.“

Weiter ist aus dem Gewerbevereinsboten zu ersehen, daß Erkelenz von Magdeburg aus nach Berlin reiste, wo er einer Generalrats-sitzung beiwohnen wollte. Darüber weiß er zu berichten:

„Vor dem Beginn der Verhandlung sammelten sich die Größen des Generalrates an. Inzwischen erfahre ich, daß derjenige, der den Antrag auf meinen Ausschluß gestellt hat, Herr Ostermann ist. Einzelne wandeln die Herren, oder doch ein Teil derselben, ca meinen Sitz vorbei. Mit vornehmen Aufstrümpfen würdigen sie mich keines Blickes. Mir Ihnen sind wir fertig, scheint jeder einzelne zu denken, jener selbst, mit denen ich noch vor wenigen Wochen gemeinsam durch Berlin wandelte, die mir die Sehen-würdigkeiten der Stadt zeigten, die mit mir gemeinsam nach Hamburg fuhrten und Eibe- und Alsterfahrten machten. Ich sehe dem mit der größten Ruhe zu und denke bei Philipp sehen wir uns wieder, meine Herren können noch ein Täglich sein aus-halter, also nur los.“ Ich lasse zu Beginn der Sitzung durch einen meiner Freunde — der nebenbei auch ich: mal ausgeschlossen, aber nach sechs Wochen wieder aufgenommen wurde — dem Vorstehenden Schumacher meine Visitenkarte überreichen mit der Anfrage: Sit es gestattet, daß ich den Verhandlungen beiwohne? Ein strophes Nein ist die Antwort. Auch gut, nur Mut, die Sache wird schon schief gehen! Ein Raubmörder kann sich verteidigen, ein ausgeschlossener Gewerbevereiner nicht, und wer ist sicher, ob er heute oder morgen nicht auch ausgeschlossen wird? Keiner, der eine selbständige Meinung hat.“

Lange dauern die Verhandlungen, über sie berichten kann ich nicht. Nur eines sage ich, da es interessiert: Am 13. Dezember ist in Düsseldorf eine vom Generalrat anberaumte Bezirksver-sammlung, zu der Schumacher und Klein entandt sind. Wir werden später Gelegenheit haben darauf zurückzukommen. Mancher wird sich fragen: Was nun? Ich schrieb schon gestern, keine übereilten Schritte. Von allen Seiten habe ich mir die Sache angesehen und glaube einen für beide Teile befriedigenden Ausweg vorschlagen zu können, den ich dem Generalrat und den General-reisoren in den nächsten Tagen unterbreiten werde. Dann hat man noch einmal eine bedeutende Entscheidung in der Hand, versagen die Herren in diesem wichtigen Momente, dann ist ihnen nicht zu helfen und das Verhängnis möge seinen Lauf nehmen. Also vorläufig Ruhe.“

Man kann es gewiß als ein tragisches Verhängnis bezeichnen, daß es den Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereinen, die zur Pflege der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gegründet wurden, nicht möglich ist, die Harmonie im eigenen Lager aufrecht zu erhalten. Und wenn die Rheinländer unter Erkelenz fest bleiben, wer weiß, was dann noch kommen mag. Die rheinische Gewerbevereins-bewegung ist zwar auch noch in Vielen unklar, man kann sie mit gährendem Mute vergleichen, aber die Logik der Tatsachen wird sie immer weiter treiben.

Erkelenz befindet sich in richtiger Kampfstimmung, was auch daraus hervorgeht, daß er an die Spitze seiner letzten Nummer den Sinnpruch stellt, den sich unser verstorbenen Freund Bruno Schoenlant für seinen Grabstein selbst verfaßt hat:

Mich reut die Stunde, die nicht harmlos tug,
Mach reut der Tag, der keine Wunden schlug,
Mach reut, ich sag es mit zerkümmertem Sinn,
Daß ich nicht dreisich süß gewesen bin.

Die Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter wurden durch sehr eingehende Erörterungen und vortreffliche Zitate beleuchtet. In der Debatte beteiligten sich zwei Kollegen, die die Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in den hiesigen Betrieben einer scharfen Kritik unterzogen. Daß aber die Verhältnisse derart traurig geworden sind, daran tragen zum größten Teile die Kollegen selbst die Schuld, denn nur durch ihre Gleichgültigkeit konnte es so weit kommen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegen früher schlechtere geworden sind. Schon der Besuch der Versammlung zeigte, welche geringe Interesse die Arbeiter der Organisation entgegenbringen. Man sollte meinen, gerade die letzten Vorkommnisse und die geradezu bedauerlichen Zustände in den hiesigen Fabriken und Werkstätten müßten jeden Metallarbeiter empören und veranlassen, dort zu erscheinen, wo ein jeder seinem Herzen Luft machen kann. Wir werden uns später noch einmal mit den Zuständen in den hiesigen Betrieben und der Gleichgültigkeit der Kollegen beschäftigen müssen. Nachdem der Referent in seinem Schlusswort noch einmal die Notwendigkeit der Organisation und der Kollegialität nahe gelegt hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Versammlungsanzeigen!

Die Ortsverwaltungen etc. werden dringend ersucht, die Angaben zum Verammlungs-Anzeiger in der Metallarbeiter-Zeitung für 1904 bis spätestens den 20. Dezember 1903 einzuliefern. Dazu sind nur die gedruckten Formulare zu verwenden.

Feibelberg. Der Kastengeist innerhalb der modernen Gewerkschaft. Mit mitleidigen Lächeln blickt der moderne Arbeiter auf unsere Aristokratie und Bürokratie, innerhalb deren Sphären der Kastengeist in extremer Weise zum Ausdruck gelangt. Man kann zum Beispiel auch beobachten, wie der Adel höheren Ranges auf den niederen Ranges herabschaut, wie dieser wieder auf den Kommerzienrat bürgerlicher Herkunft als auf ein Wesen niedriger Geburt blickt. Der Kommerzienrat handelt aber auch wieder genau so gegenüber den Bürgern gemöhnlichen Schlages. Und so geht es herab bis zur Arbeiterklasse, deren Angehörige von manchen Gliedern der „besseren“ Stände als Wesen mit anderem Fleisch und Blut angesehen werden. Für diese Mäntel unserer gesellschaftlichen Struktur hat, wie schon gesagt, unsere moderne Arbeiterklasse nur ein überlegenes Lächeln übrig. Aber — und hier komme ich auf das zu sprechen, was die Überschrift besagt — in unserer Arbeiterwelt, die so oft in treffender satyrischer Art und Weise ihre Meinung kundgibt über die Kleinlichen, und man kann sagen vielfach aus Unwissenheit oder verfehlter Erziehung stammenden Anschauungen, herrschen noch die gleichen Ansichten gegenüber einzelnen Kategorien von Arbeitern. Hatte im Mittelalter mit seinem Funktionieren dieser Kastengeist noch den Schein einer Berechtigung, so ist in unserer technisch hochentwickelten Zeit auch dieser Schein wie Schium zeronnen. Man kann daher diese Anschauungen als die letzten Überreste oder als den übrig gebliebenen Teil des Japses unseres mittelalterlichen Sittenbewußtseins bezeichnen. Dieser Kastengeist, dessen Vorhandensein zu leugnen eine große Torheit wäre, wirkt aber geradezu als eine Bremse an dem Wagen der Arbeiterbewegung. Unserer technischen Entwicklung wohnt das Bestreben inne, immer mehr die gelehrten Arbeiter durch die ungelahrten oder durch die mechanische Arbeit zu verdrängen. Diese Tendenzen liegen auch in unserer modernen Arbeitsteilung. Dieser technische Entwicklungsprozeß mit seinen Begleiterscheinungen ist ein revolutionärer Faktor von eminenter Bedeutung in bezug auf unsere althergebrachten Anschauungen von qualifizierter und unqualifizierter Arbeit. Dieser Prozeß prägt mit gewaltigen Reaktionskräften dem denkenden Arbeiter die Tatsache ein, daß wir alle eine große gemeinsame, ausgebreitete Masse sind, bei der alle Kleinlichen Vorurteile schweben müssen. Ich betrachte es als die Pflicht eines jeden gewerkschaftlich organisierten Kollegen, bei diesen Entwicklungsprozessen klar erkannt hat, auch die Konsequenzen daraus zu ziehen: den Kastengeist zu bekämpfen, in welcher Form er ihn vorfindet. Eine Unternehmung hierzu zu haben, soll der Zweck dieser Zeilen sein. Sollten aus den Reihen der Kollegen weitere Beiträge zu diesem Thema geliefert werden, wäre es mir sehr angenehm. Wenn nicht, werde ich einem späteren Artikel die näheren Details bringen, inwiefern uns der Kastengeist hauptsächlich bei der Kleinagitation hemmend entgegentritt. F. R.

Leipzig. Während der Schriftgelehrtenbewegung ist der Zugang von Metallarbeitern aller Art nach den Werkstätten obiger Branche unbedingt zu vermeiden. Das Eingehen des einzelnen muß den Suchungen der Unternehmer widersprechen.

München. Die alten Knaben müssen wir an die Luft setzen, sie sind zu wenig leistungsfähig, und es muß unter allen Umständen billiger produziert werden! — äußerte sich eine einflussreiche Persönlichkeit der Maschinenbaugesellschaft in München. Diese ungewöhnlichen Äußerungen und das rigorose Vorgehen der Vorgesetzten dieses Betriebs gegen die Arbeiter geben Anlaß zu einer Jährerversammlung, in der fast alle in dieser Fabrik Beschäftigten erschienen waren. Kollege Lauterbach kritisierte mit scharfen Worten die unzulässigen Zustände in diesem Betriebe, insbesondere geistliche er das rücksichtslose Vorgehen gegen ein Geschäft ganz gewordene Leute und ermahnte die Kollegen zur Einigkeit und zum Zusammenschluß in der Organisation. Die Uneinigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber dem Deutschen Metallarbeiter-Verband seien die Ursache der gegenwärtigen Zustände und des schmerzhaften Vorgehens der Betriebsleitung. Es müsse auch in dieser Fabrik bei den Arbeitern der Grundlag gelten: Alles für und alles durch die Organisation! Die außerordentlich lebhafteste Diskussion forderte eine Menge Mißstände an, insbesondere wurde festgestellt, daß an der geringen Prosperität dieses Unternehmens lediglich die mangelnde Einigkeit der technischen Leitung wie das fortwährende Warten auf Zeichnungen und Material schuld seien. Alle Redner ohne Ausnahme erklärten sich für die Organisation der Arbeiter. Zum Schluß erklärten sämtliche Anwesenden, soweit sie noch nicht dem Verband angehörten, ihren Beitritt. Dies dürfte der einzig richtige Weg sein, die preiswürdigen Gehälter der neu importierten Arbeiter zu erhalten. Und nötig ist das um so mehr, als Verdienste von 20 und 25 Pf. für gelehrte Arbeiter keine Seltenheiten sind. Und da man beliebt, fortwährend mit den ausserordentlich billigen Arbeitshelfern des Rheingebietes, besonders Kölns, zu rekonstruieren, so wird dieser Hinweis genügen, die Kollegen so viel als möglich von diesem Schandvertrage fernzuhalten, sie könnten sonst bitter enttäuscht werden.

Reutlingen. Über das Ermittelverbot wurde in Nr. 45 als Entgegnung auf unseren Artikel in Nr. 42 erklärt, daß er teils erfunden, teils unrichtig sei. Es ist von großem Interesse, daß der Editor teils zugibt. Zunächst möchte wir Herrn Löffel als seine stillschweigende Anstifter gegenüber den Arbeitern erinnern. Wir könnten die Anstifter wiedergeben, aber sie sind so genau, daß sie die Öffentlichkeit nicht vertragen. Dann ist es vorgekommen, daß Arbeiter bei einem Rennen bis zu 2000 Grad Hitze 18 Stunden ununterbrochen gearbeitet haben ohne eine Pause und ohne daß sie eine Überwindungserregung empfunden haben, die wohl mit 20 Prozent in der Federführung liegt. Es ist eine besondere Leistung des Herrn Löffel, die 20 Prozent nicht zu zahlen. Was der Herr Löffel noch wünscht, nämlich alle älteren organisierten hiesigen Arbeiter zu entlassen, hat sich zum Teil erfüllt. Jetzt sucht man billiger Arbeitshelfer (Arbeiterinnen) mit der Absicht in unserer Nachbarn Sprengungen. Doch muß es an Arbeitern mangeln, sonst würde die Firma nicht Leute einstellen, die sie wegen Diebstahl entlassen und mit fünf Mark bestrafen hat. Im übrigen halten wir das in Nr. 42 Gesagte vollkommen aufrecht.

Nadelmacher.

Nagel. Der Streik bei der Nadelmaschinenfabrik Carl Guba & Co. ist nach vierwöchiger Dauer beendet, indem der

größte Teil der Streikenden andere Arbeit hat. Die Firma will keinen der Arbeiter, die gefreit, mehr einstellen. Das zeigt deutlich, daß sie auch in Zukunft nicht gewillt ist, ihren Arbeitern eine humanere Behandlung zuteil werden zu lassen. Wegen schlechter Behandlung und Wapregelung eines Fabrikarbeitsmittels waren aber die 32 Nadel- und Nadelmännern in den Ausstand getreten. An Erfahrung hat die Firma in den vierzehn Wochen neun Arbeitswillige erhalten, darunter einen Bergmann, einen Gießereiarbeiter, einen Hausknecht und ein paar Lehrlinge. So viel wir die Situation der Firma übersehen können, ist sie nicht so rosig wie man sie hinstellen beliebt. Wir können mit Bestimmtheit sagen, daß jetzt noch nicht die Hälfte der Nadeln fertiggestellt werden wie vor dem Streik. Wie es scheint, hat die Firma einen Hauptteil der Kundenschaft verloren, da sie für ihre Arbeitswilligen und circa zwei Duzend Kinder von vierzehn bis sechzehn Jahren kaum Arbeit genug hat. Müßen doch jüngere Arbeiterinnen mitunter sogar ein bis zwei Tage aussetzen. Vor dem Streik konnte der Leiter der Fabrik die Arbeiter nicht genug antreiben, um nur möglichst viel Ware fertig zu erhalten. Und jetzt sowie während des Streikes dieser Schneidengang im Fabriken! In ihrer Kurzsichtigkeit werden die jetzt in der Fabrik tätigen Arbeiter wohl zum Teil schadenfreudig sein, daß von den Streikenden keiner mehr eingestellt worden ist. Aber wir bedauern sie trotz ihres unkollegialen Verhaltens, sind sie es doch, die im Laufe der Zeit die ganze Sache zu zahlen haben. Sie haben ja auch deutlich bewiesen, daß sie gegen Anmahnungen eines Unternehmers keinen Widerstand leisten können. Ihre Angstlichkeit wird in Zukunft noch mehr zutage treten. Die Streikenden wird der Kampf nicht besonders schmerzen, da ihnen während der Zeit, dank der Unferwilligkeit der Nadelmacher im allgemeinen, genügend Unterstützung ausbezahlt worden ist. Sie können aber auch mit Stolz zurückblicken, da sie ihr Ehrenschild rein gehalten haben bis zum letzten Augenblick. Für die gesamten Nadelarbeiter ist dieser Streik von großer Bedeutung. Hier hat sich gezeigt, daß die Nadeln in ihrer Mehrheit zu der Erkenntnis gelangt sind, daß sie sich der Laune und Willkür eines Unternehmers nicht so ohne weiteres mehr unterwerfen dürfen. Wir rufen den noch fernstehenden Nadeln zu: Schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, und ihr werdet noch viel widerstandsfähiger gegenüber dem Unternehmertum sein.

Haus der Metallindustrie.

Konzentration in der Eisenindustrie.

In großindustriellen Kreisen macht sich ein krampfhaftes Bemühen geltend, die Vorbedingungen für eine weitere Konzentration zu schaffen. Diesem Bestreben gilt auch ein Artikel in der Zeitschrift Stahl und Eisen unter der Überschrift: „Ein Wendepunkt in der deutschen Eisenindustrie“. Man will mit aller Gewalt einen möglichst großen Teil der Produktion organisieren, das heißt unter einer besonderen Leitung nach festgelegten Grundrissen zum Verkauf bringen. Man könnte ja nun meinen, bei solcher Organisation seien alle Werte in gleicher Weise interessiert. Wenn zum Beispiel der Preis für Halbzeug erhöht werde, habe das für alle Halbzeugproduzenten die gleiche Wirkung. Solche Meinung ist aber irrig. Die Werte, die Hoheisen und Kohle kaufen müssen, bleiben immer mit ihren Ergebnissen abhängig von den Preisen dieser Produkte. Eine Preissteigerung, die das Hoheisenyndikat oder das Kohlenyndikat vornimmt, absorbiert ganz oder zum Teil den Mehrerlös aus der Preissteigerung für Halbzeug für die Werte, die Hoheisen und Kohlen kaufen müssen, während die kombinierten Werte mit eigenen Gruben und Hochöfen nicht belastet werden, sondern den ganzen Vorteil genießen aus der Halbzeugvertierung. Auch für die Verbraucher von Halbzeug, um bei dem Exempel zu bleiben, hat die Preissteigerung nicht dieselbe Wirkung. Der Käufer von Halbzeug muß zunächst die Preissteigerung bezahlen, kann er die Mehrkosten nicht auf das von ihm erzeugte Produkt abwägen, erhöhen sich für ihn die Produktionskosten. Anders bei den Hüttenwerken, die selbst Halbzeug herstellen und weiter verarbeiten, für diese bedeutet die Preissteigerung auf Halbzeug nur rein fiktive Belastung, sie zahlen sich die Mehrkosten ja selbst. Aus dem angeführten Grundzug der Interessen bei der Produktionsorganisation erhellt schon, daß es gerade die großen, kombinierten Werte sind, die eine erklärliche Vorliebe zu der Organisation und der Preispolitik bekommen, wie sie von den Rohstoff- und Halbzeugverbänden in den letzten Jahren in verstärkter Weise beobachtet werden konnten. Die kleinen Werte und selbst die größeren Werte, die hauptsächlich nur einen Produktionsprozeß vollziehen, wie zum Beispiel die reinen Walzwerke, sind es, die die Kosten tragen und zugrunde gerichtet werden, während die großen kombinierten Unternehmen sich ausdehnen. Selbstverständlich muß die gesamte Volkswirtschaft dazu ihren Tribut zahlen. Der Zusammenstoß der Rohmaterial und Halbzeug herstellenden Werte ermöglicht, den Preis im Inland weit über den Weltmarktpreis zu halten, um den Betrag des Eingangszollens und der Fracht. Die inländischen Konsumenten werden geschädigt, und ein Teil des inländischen Gewinns wird benutzt, das gleiche Produkt auf dem Auslandsmarkt zu reduzierten Preisen loszuschlagen. Dadurch wird, wie wir schon öfter auseinandergelegt haben, die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Fertigindustrie auf dem Auslandsmarkt untergraben. So wächst in Deutschland eine Großindustrie auf Kosten anderer Werte, in letzter Linie auf Kosten der Gesamtheit. In welchem Umfang die Konzentration in der Eisenindustrie bereits vorgeschritten ist, illustrieren folgende Angaben: Im Jahre 1901/02 betrug die deutsche Hoheisenproduktion 7 845 884 Tonnen, sie lag im Jahre 1902/03 auf 9 271 155 Tonnen. An dieser Produktion waren zwölf größere Werte mit 36,9 Prozent im Jahre 1901/02 und mit 38,2 Prozent im Jahre 1902/03 beteiligt. Einschließlich Krupp und Bochumer Verein, die in den zwölf Werken nicht eingeschlossen sind, ist die Produktion der vierzehn größten Werte auf die Hälfte der Gesamtproduktion Deutschlands zu veranschlagen. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres ist die Hoheisenproduktion wiederum um über 20 Prozent gestiegen; die bezüglichen Ziffern sind: 1901: 6 516 986 Tonnen, 1902: 6 917 787 Tonnen und 1903: 8 394 046 Tonnen. Das Recht entfällt fast ausschließlich auf die angelegenen größeren Werte. Würde man eine Produktionspolitik über Hoheisen und Halbzeug von den einzelnen Werken verlangen, würde die Konzentration noch schärfer in Erscheinung treten. Für Hoheisen kommen noch eine Anzahl selbständige Hochöfenwerke in Betracht, die für den weiteren Produktionsprozeß ausschließen. Und die Preispolitik der Verbände hat die großen Hüttenwerke auch sehr gut über die letzten Jahre des wirtschaftlichen Niederganges hinweggeholfen. Während zum Beispiel die reinen Walzwerke meist schlecht abgekommen, zum Teil mit Unterbilanz arbeiteten, waren die erwähnten Werke noch ganz erhebliche Gewinne ab. Nachfolgend eine Zusammenfassung der Ergebnisse einer Anzahl Hüttenwerke:

Table with columns: Name der Gesellschaft, Aktienkapital in 1000 RM., Produktion im 1900/01, 1901/02, 1902/03, Produktion in Prozent. Rows include: Bochumer Verein, Hördter Werke, Homburger Hütte, Eisenhüttenwerke, Laurahütte, Phoenix, Hocht, Rhein Stahlwerke.

Die acht angeführten Gesellschaften repräsentieren ein Aktienkapital von 177 028 000 RM. Der Gesamtproduktionswert dieser Werke betrug in den letzten 3 Jahren 38 207 000 RM., respective 25 527 000 RM., respective 35 973 000 RM. Von dem Gesamtjahr 1900/01 auf 1901/02 ging der Ertrag allerdings um ein Drittel zurück, im letzten Jahre war das Ergebnis aber dem des vorletzten Jahres annähernd wieder gleich; die Durchschnittswertende, die ja immer abhängig ist von der Höhe der Abschreibungen, variierte zwischen 10,3 bis

und 8,2 Prozent. Solche Resultate wurden in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges erzielt, während welcher eine große Anzahl Werke, die in dem Bezug von Rohmaterial und Halbzeug zum Teil von den vorkriegsend aufgeführten Betrieben abhängig sind, zugrunde gerichtet wurden. Und die Wortführer dieser Gesellschaften blasen jetzt zur Sammlung — der Interessenten! Noch größere Macht der Syndikate soll Rettung bringen aus drohender Not. Die bisher schon Geschädigten sollen durch das Locken der sich als Leidensgenossen aufspielenden Syndikatspolitiker für diese Politik und für Schußsüsse auf Rohmaterial eingefangen werden, damit sie um so schneller und sicherer ausgeschaltet werden. Die auf alle Syndikatsinstrumente gestimmte Kölner Zeitung benutzt bei den lockenden Melodien ganz ungeniert folgenden Text: „Der Konzentrationsprozeß in der deutschen Eisenindustrie mit wachsendem Übergewicht einiger weniger Unternehmungen hat also schon ganz gewaltige Fortschritte gemacht und wird solche zweifellos auch in laufenden Jahre aufzuweisen haben, da die Zunahme der Erzeugung vorwiegend den Großbetrieben zufallen wird... Gelingt es, den Stahlmarkt-Verband zustande zu bringen und dadurch einerseits eine Regulierung der Erzeugung, eine Zügelung des übermäßigen Ausdehnungsdranges, andererseits ein geschlossenes Aufstreben der Hütten auf dem inländischen wie namentlich auf dem ausländischen Markt zu erzielen, so darf man mit einer stetigen Weiterentwicklung der Eisenindustrie, allerdings mit fortschreitender Konzentrierung, aber ohne tiefgehende Erschütterung unseres Wirtschaftslebens rechnen.“

Eine Aua der Fusionen.

Überblickt man die Vorgänge und Veränderungen auf gewerblichem Gebiet, die sich in dem nummehr bald zu Ende gehenden Jahre abgepielt haben, so treten auffallend stark jene Verschmelzungen und Vereinigungen zweier, auch mehrerer Betriebe zu einer Interessens- oder Betriebsgemeinschaft hervor, die man in Deutschland unter dem Namen „Fusionen“ zusammenzufassen pflegt. Eingeleitet hat die Verhaftigkeit dieses Prozesses zu Anfang dieses Jahres in der Elektrizitätsindustrie. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin und die Unionelektrizitätsgesellschaft veränderten sich zunächst über eine engere Interessengemeinschaft. Jede der beiden Gesellschaften schickte ihre Direktoren in die Direktion der anderen Gesellschaft. Gegenseitige Konkurrenz zwischen beiden Gesellschaften wurde ausgeschlossen, eine weitgehende Arbeitsteilung und eine gegenseitige Unterstützung nach jeder Richtung herbeigeführt. Raum zwei Monate später reichten sich zwei andere Großbetriebe, nämlich Siemens & Halske und die Schuckert-Gesellschaft zu einer noch engeren Vereinigung die Hände. Beide Gesellschaften nahmen eine Vereinigung ihres Fabrikations- und Verkaufsgeschäftes vor und schlossen sich dadurch zu einer fast völligen Betriebsgemeinschaft zusammen. Außerhalb dieser zwei genannten großen Kombinationen blieben von Großbetrieben nur noch die Gesellschaften Lahmeyer in Frankfurt a. M. und Helios in Köln. Auch von diesen beiden verlautet schon gerüchlos, daß zurzeit Besprechungen über eine gegenseitige Annäherung gepflogen werden. Inzwischen hat noch eine kleinere, aber gleichfalls wichtige Vereinigung von sich reden gemacht, die zwar noch nicht endgültig vollzogen ist, an deren Zustandekommen jedoch nicht gezweifelt werden darf: die elektrische Licht- und Kraftanlagen-Aktiengesellschaft in Berlin hat nämlich beschlossen, den Besitzern der Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen in Köln ein Kaufangebot zu machen. Der Hauptanlaß zu diesem Angebot für die Berliner Gesellschaft liegt in der Tatsache, daß ihr die Erwerbung der Kölner Gesellschaft die Möglichkeit gibt, in Petersburg, wo sie an der Gesellschaft für elektrische Beleuchtung ein großes Interesse hat, eine Neuordnung der Dinge einzuleiten.

So ist in der Elektrizitätsindustrie innerhalb der kurzen Zeit eines Jahres ein Entwicklungsprozeß vor sich gegangen, wie man ihn selbst vor Jahresfrist noch nicht für möglich gehalten hätte. Damals stießen noch die Fusionbestrebungen, namentlich bei der Firma Siemens & Halske auf starken Widerstand. Über die bisherigen Ergebnisse der Fusionen liegen bis jetzt noch keine Nachrichten vor, da ihre praktische Wirksamkeit erst in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres begonnen hat. Weniger in die Augen fallend waren eine Reihe von Fusionen, die in der Montanindustrie sich vollzogen haben und mit der Erneuerung der verschiedenen Syndikate in engstem Zusammenhang standen. Um die eigene Beteiligungsziffer beim Syndikate zu erhöhen, gliederte sich manche Gesellschaft kleinere Zechen oder Werke an, deren bisherige Beteiligungsziffer dem leistungsfähigeren Betrieb zu gute kam. Auch suchten Hüttenwerke sich vom Kohlenyndikat dadurch unabhängiger zu machen, daß sie ihren Zechenbesitz vermehrten.

Die gegenwärtige Phase der Entwicklung spielt sich unter der gegenseitigen Konkurrenz der großen Betriebe selbst ab. Und bei diesem Wettbewerbskampf ist es viel seltener einmal „Krieg bis aufs Messer“; man sucht vielmehr, sobald die Folgen der gegenseitigen Konkurrenz zu nachteilig aufzutreten, eine Annäherung mit dem starken Gegner, einen Zusammenschluß der Großbetriebe unter möglichst einheitlicher Leitung und unter durchgreifender Arbeitsteilung. Daß in diesem Stadium der Entwicklung die Organisation der Produktion rascher Fortschritte macht, als dies bisher möglich war, liegt in dem Umstand begründet, daß die Vereinigung schon weniger Großbetriebe die Beherrschung eines ziemlich großen Teiles des Wirtschaftsmarktes bedeutet. Wie lange wird es noch dauern und auch in Deutschland wird die Produktion ganz ähnlich organisiert werden, wie in den Vereinigten Staaten, nur mit dem einen Unterschied, daß in Deutschland nicht einzelne Kapitalmagnaten, sondern die leitenden Persönlichkeiten unserer Großbanken und Industrie die Führung bei diesem Organisationsprozeß übernehmen.

Rundschau.

Belagerungszustand in Crimmitschau!

In Crimmitschau kämpfen die Behörden den Verzeiwungskampf für das Unternehmertum! Seit Freitag den 4. Dezember sind alle Versammlungen verboten! Die öffentlichen Versammlungen sind verboten, die nichtöffentlichen sind verboten, die Volksversammlungen, die Vereinsversammlungen, die Fabrikantenkämpfe sind verboten! Umzüge dürfen nicht stattfinden! Alle Langvergütigen sind untertänig! Die Behörden begründen ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf angebliche Volksaufläufe; auf den Straßen aber bewegen sich in Massen nur Polizei und Gendarmen! Die Behörden berufen sich auf angebliche Verlesungen gegen den § 153 der Gewerbeordnung; nie aber wurde ein solcher Verlesungskampf in größerer Ruhe, mit mehr Würde geführt als der in Crimmitschau! Erbarmungslos gemacht durch den mühenlosen Haß gegen die Organisation, wagt der Crimmitschauer Kapitalismus über 7000 brave Männer und Frauen auf die Straße, um sie durch Hunger auf die Knie zu zwingen. Den Hunger im eigenen Leibe, das Weh im Herzen über das Elend ihrer Kinder, flanden die Tausende dennoch aufrecht, ungebeugt, und wichen keinen Schritt im Kampfe. Ihre Versammlungen wurden ihnen unterlag, das Streikpostensystem wurde ihnen unmöglich gemacht, auf ihre Führer ließ man, weil sie Flugblätter unterschrieben hatten, den § 153 der Gewerbeordnung los. Die Fabrikanten machten aus dem Kampfe um eine Verkürzung der Arbeitszeit einen Kampfenkampf; die Behörden wandelten durch ihr Vorgehen den wirtschaftlichen Kampf um in einen politischen! Die Geselligkeit der Behauptungskämpfer brachte beide zur Verzweiflung! Arbeiter Deutschlands! Seit dem 4. Dezember hat das öffentliche Leben in Crimmitschau aufgehört. Wenn auch nicht formell, herrscht doch tatsächlich der Belagerungszustand. Kein ermutigendes Wort kam mehr zu den Streikenden gesprochen werden; still liegen die Straßen da, auf denen nur die Schritte der Polizei miderhallen und die Waffen klirren, die zum Leidwesen des Kapitals nichts zu tun bekommen. Die Behörden kämpfen den Verzeiwungskampf für das Unternehmertum. Arbeiter, verlaßt eure Brüder nicht!

Weitere Streitprozesse in Berlin.

Das Schöffengericht hatte sich mit weiteren sieben Einsprüchen gegen polizeiliche Strafmandate zu beschäftigen. Die betreffenden Metallarbeiter sollen sich anlässlich des Streikes bei Mehlisch gegen

die Straßenordnung vergangen haben. Natürlich waren sie sämtlich...

In der Berufungsinstanz wurde auch wieder gegen den Kollegen...

Eine weitere Verhandlung fand aus Anlaß des Drucker- und...

Während dieses Streites sind eine ganze Anzahl Arbeiter...

Die Sache betraf den Gürtler Hoppel, der am 22. September im Hausflur...

Flug kam ein Schutzmann, wies ihn dort fort und nahm ihn, als...

er nicht unwillig gehen wollte, mit zur Wache. Das Strafmandat...

über 30 Mk. ließ nicht lange auf sich warten. Ohne in eine materielle...

Prüfung des Strafdeliktes näher einzutreten, sprach das Gericht...

die Straßenordnung auf Vorgänge anzuwenden, die sich gar nicht...

auf der Straße abgepielt haben. Wenn der Angeklagte im Hausflur...

irgend jemand lästig gefallen wäre, so wäre es Sache des Wirtes...

oder wegen Hausfriedensbruchs gegen ihn vorzugehen. Ein selbständiges...

Gingekreiten der Polizei gegen den Angeklagten aber entbehre jeder...

berechtigten Begründung. Am allerwenigsten aber könne der Angeklagte...

den öffentlichen Verkehr behindert haben, und es komme somit die...

Straßenordnung von vornherein bei ihm nicht in Betracht.

Wieder ein Opfer des § 153!

Das neben dem Koalitionsrecht der Arbeiter sich gleich der...

Das Gesetz betr. die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben

tritt am 1. Januar 1904 in Kraft. Danach dürfen in gewerblichen...

Streikpostenprozeß in Aachen.

Vor einigen Wochen hatte der Arbeiter Peter Hansen vor dem...

An alle Ortskrankenkassen!

Von verschiedenen Ortskrankenkassen in größeren Orten Deutschlands...

Wohin aber rufen wir allen Ortskrankenkassen, bei welchen die...

Freiwilligkeit nachgewiesen, daß die freie Arztwahl mit ihren...

Dresden, den 25. November 1903. Die Ortskrankenkasse selbst als...

Das Futter der christlichen Arbeiter.

Um dem Interesse der Arbeiterschaft zu dienen, richteten die...

christlichen Gewerkschaften in Augsburg an den dortigen Stadt...

magistrat eine Eingabe um Einrichtung einer Freibankstelle in den...

Arbeitervierteln der Vorstadt. Die Freibank ist derjenige Ort, an...

welchem das noch nicht ganz verdorbene oder kranke, jedoch nicht...

direkt gesundheitschädliche Fleisch zu einem paar Pfennigen verkauft...

wird. — Vor den Reichstagswahlen agitieren die christlichen Arbeiter...

für die Erhöhung der Zölle also für Verteuerung von Fleisch und Brot, und jetzt wollen...

sie eine Freibankstelle errichtet haben, deren Rundschaft gewisse...

Herrschaften mit einer großen Dienstmotenzahl und Hundebesitzer u. f. w. sind...

kurz, wo minderwertiges Fleisch und Hundestressen ausgehoben wird.

Können! Diese auch gewerkschaftler legen den Unternehmern somit nahe:

Sorgt dafür, daß wir ein Pfund „Fleisch“ für 25 Pfennige bekommen, dann...

können wir noch billiger arbeiten. Und eine derartige Arbeitervereinigung...

schimpft sich Arbeiterorganisation mit dem Grundsatze: Hebung der...

Arbeiterschaft. Wie sagte doch einst Herr Ludwig Bamberg? Hunde sind wir ja doch!

Über die Zukunft der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft

geht es wie eine bange Ahnung durch den liberalen Blätterwald.

So geht der freimüthigen Königsberger Hartung'schen Zeitung folgender...

Notiz her von hervorragender Stelle zu: „Seit einigen Jahren macht...

sich in gewissen Gewerkschaften, namentlich in Berlin, Düsseldorf u. f. w.,...

ein Liebling mit der Sozialdemokratie bemerkbar, das schon auf...

manchen Verbands- und Delegiertentagen der Hirsch-Dunderschen...

Gewerkschaften zu unliebsamen Erörterungen führte. Was der in...

nächsten Jahre zusammentretende Verbandstag in dieser Beziehung...

zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Zu lebhaften Auseinandersetzungen...

zwischen der alten und neuen Richtung, der „modernen“, dürfte es...

aber auch auf diesem Verbandstag wieder kommen. Nun ist es ja...

allerdings richtig, daß die allein berufenen Vertretungen der...

Vom Ausland.

Osterreich.

Die Unternehmerorganisationen unseres Landes beginnen aus der Not eine...

Legung zu machen. Der Verband der nordböhmischen...

Industriellen, eine der einflussreichsten und rücksichtslosesten...

Unternehmerverbände im ganzen Lande, hat es bis in die jüngste...

Zeit stets abgelehnt, mit den Vertretern der Arbeiterorganisation...

von Konflikten und Lohnkämpfen zu unterhandeln. Er hatte in seinen...

Satzungen einen Absatz, monach er niemals mit Arbeiterführern...

unterhandeln dürfe. Nun ist ein vertrauliches Rundschreiben an die...

Mitglieder des Verbandes ergangen, daß diese Stelle aus den Verbands...

Satzungen entfernt wurde, was wohl heißt, daß nun auch dieser...

Unternehmer-Verband bei Streiks mit den so sehr gehassten Arbeiter...

führern verhandeln werde. Das Geheimzirkular wurde im Organ der...

Legenarbeiter veröffentlicht. Die Änderung der Taktik der Unternehmer...

organisation ist zweifellos ein Beweis von der erstarbenden Macht der...

Gewerkschaften der Arbeiter. Seit Jahren schon kämpfen die österreichischen...

Arbeiter um die Einführung einer vom Staate freierten Alters- und Invaliditäts...

versicherung. Wiederholt schon gab der Chef der Regierung in offener...

Parlamentssitzung und anderweitigen Gelegenheiten Erklärungen ab, daß...

die Regierung sich mit dieser Frage befaße. Vor kurzem erklärte gar die...

Regierung, daß ein bezüglicher Entwurf schon ausgearbeitet sei und...

nur die passende Zeit abgewartet werde, mit ihm das Parlament zu...

befassen. Alle diese in der bündigsten Form abgegebenen Versprechungen...

ließ doch Herr von Köberer dem Kaiser ein ähnliches Versprechen in einer...

Thronrede verkünden — haben sich als eitle erwieisen, erklärte doch der...

Ministerpräsident, daß der Ausgleich mit Ungarn eher fertig werden...

müsse, bevor das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung der...

Arbeiter den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden soll, und...

zwar deshalb, weil den Industriellen nicht neue Lasten aufgebürdet...

würden dürfen, ehe das wirtschaftliche Verhältnis mit Ungarn geregelt...

sei. Unsere Regierung erweist sich hier in der sinnfälligsten Weise...

als die Bedienerin der Unternehmer, die von einer Altersversorgung der...

Arbeiter nichts wissen wollen, obwohl sie in der Öffentlichkeit...

heucheln, daß eine derartige Reform wünschenswert sei.

Table with 3 columns: Category, Count, Percentage. Includes rows for Beamte, Werkführer, etc.

Table with 3 columns: Category, Count, Percentage. Includes rows for Arbeiter, Lehrlinge, etc.

Die statistische Aufnahme erstreckt sich des weiteren auf die Wohlfahrts...

Inhalt von Nr. 49.

Die Arbeit in Deutschland. — Der korporative Arbeitsvertrag in...

Verbands-Anzeigen

- List of notices for various unions and meetings, including dates and locations like München, Berlin, etc.

